

PROTOKOLL

*über die 44. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 18. Oktober 1990, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.*

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr
Karl Holub

STADATRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Gerhard Bremm
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Norbert Georgi
Walter Hahn
Karl Hochrathner
Oskar Holub
Engelbert Huber
Anna Jeloucan

Johann Manetsgruber
Rudolf Pickl
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Hermann Rupprechter
Wilhelm Spöck
Franz Strasser
Walter Strobl
Otto Tremel
Anton Vorhauer
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser

VOM AMT:
Magistratsdirektor Hofrat
OSR. Dr. Franz Knapp
SR. Dr. Peter Gottlieb-
Zimmermann
Direktor TOAR. Ing.
Wolfgang Wein
Direktor OAR. Helmut Riedler
OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
VOK. Augustin Zinedner
Gerda Gugenberger

Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

GHJ2-6148/90	Kindergarten Marxstraße 15, Tischlerarbeiten.
GHJ2-6214/90	Hauptschule Promenade; E-Installationsarbeiten
ÖAG-4/90	Problemmüllsammlung für das Jahr 1990;
Müllabfuhr	Kostensteigerung; Mittelfreigabe.
Ha-6246/90	Verein "Miteinander"; Subvention für das Jahr 1990.
En-3492/	Mitverlegung eines Leehrrohres für die öffentliche Straßenbeleuchtung im Bereich Jägerbergweg und Schlöglwiese im Zuge von Erdgasverlegungsarbeiten.
En-6182/90	Neubau einer Straßenbeleuchtung im Zuge des Kanal- und Straßenbaues am Bergerweg.
ÖAG-6498/90	Ankauf eines Ladekrankes für die Sperrmüll-Lkw.
Städt. Wi-Hof	
GHJ2-6321/90	Bodenverlegungsarbeiten in der VS Plenkberg; Punzerstraße 3.
Bau6-1782/76	Mülldeponie der Stadt Steyr; Errichtung von je zwei Grundwasserbeobachtungssonden und Sickerwasserbrunnen samt erforderlichen Leitungen; Fa. Braumann; Nachtragsanbot 1; Vergabe und Mittelfreigabe.
VerkR-1530/86	Umbau und Erweiterung der VLSA Schwimmschulstraße - Wehrgrabengasse; Mittelfreigabe.

Verhandlungsgegenstände

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- | | |
|-----------------|---|
| 1) Bau2-6446/86 | Verein FAZAT; Umbau des ehemaligen Direktionsgebäudes auf dem Areal der Hack-Werke; Subvention. |
| 3) K-6038/90 | Weihnachtsausstellung 1990; Festsetzung der Eintrittspreise. |
| 4) K-7095/80 | Museum Industrielle Arbeitswelt; Subvention. |
| 5) GHJ1-92/90 | Ankauf von Hard- und Softwarekomponenten zur Schaffung einer zukunftsicheren PC-Vernetzung unter Berücksichtigung der Siemens-EDV-Anlage. |
| 5a) Präs-824/90 | Verkehrsregelung Resthof - Tabor. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- | | |
|------------------|--|
| 6) Ha-6536/90 | Mag. Abteilung VI, Genehmigung von Überschreitungen für das Finanzjahr 1990. |
| 2) Sport-1381/90 | Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler und Funktionäre. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- | | |
|-------------|--|
| 7) F-395/73 | Aktion "Essen auf Rädern" - Umstellung des Transportsystems. |
|-------------|--|

- 8) Bau3-7623/89 Fußgängerübergang Plenkberg im Zusammenhang mit dem mit dem Bundesstraßenausbau Plenkberg, B 122/122 a.
- 9) Bau3-6696/90 Straßenrückbau Wehrgrabengasse; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 10) Bau2-1944/90 Bebauungsplan Nr. 46; Ennser Straße; Änderung Nr. 2 - "Haas".
- 11) Ges-15/90 Löschung von Straßennamen aus dem Straßenverzeichnis der Stadt Steyr.
- 12) Bau2-838/90 Aufschließung der Krenn-Gründe;
Bau2-1628/90 Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit Herrn Josef Krenn, 4400 Steyr, Weinzierlstraße 5.
- 13) Bau6-2700/90 Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und
Bau3-2701/90 Pflasterungsarbeiten Kanalisation Berggasse.
- 14) Bau3-7320/89 Industriaufschließung Hinterberg; Projektserweiterung; Vergabe der Zusatzarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEIN-MASSL:

- 15) ÖAG-6216/76 Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas GesmbH; vertragliche Preisvereinbarung für die Jahre 1991 und 1992.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-
REITER:

- 16) GHJ2-5725/90 Sportheim Ennsleite, Hubergutstraße 12;
Außenanlagengestaltung.
- 17) GHJ2-3170/90 Zwischenbrücken 1; Instandsetzungsar-
beiten.
- 18) GHJ2-1744/87 Bauvorhaben Steyr Wehrgraben -
"Josefsthal"; Erhöhung des
Finanzierungszuschusses der Stadt.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

- 19) Bau5-3785/89 Erste Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft
Steyr; Einbau von Lärmschutzfenstern;
Subvention.
- 20) ÖAG-4183/89 Mitbenützung der Mülldeponie der Stadt
Müllabfuhr Steyr durch die RHV-Gemeinden.
- 21) ÖAG-Müll- Mülldeponie Steyr, Durchführung eines
4766/88 Deponiegasabsaugversuches; Vergabe und
Mittelfreigabe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates. Ich darf feststellen, daß die Einladung ordnungsgemäß und zeitgerecht ergangen ist. In der Tagesordnung werden die vorgesehenen Punkte behandelt, einschließlich der zeitgerecht zugegangenen Ergänzung der Tagesordnung. Diese Ergänzung erfolgt in meinem Referat als Punkt 5 a, also als letzter Punkt meiner Berichterstattung.

Vor Eingang in die Tagesordnung möchte ich noch mitteilen, daß ich die Tagesordnung insofern umgestellt habe, als der Punkt 2, die Verleihung der Sportehrenzeichen der Stadt Steyr, der jetzt in meinen Berichten aufscheint, Kollegen Leithenmayr zugewiesen wird. Da ist erstens einmal zuständigkeitshalber und zweitens auch wegen Befangenheit eine Berichterstattung in dieser Weise erforderlich.

Ich ersuche um Kenntnisnahme.

Ich ersuche Kollegin Jeloucan und Kollegen Gemeinderat Pickl um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Gemeinderäte Ing. Spanring, Josef Brandstötter, Herbert Lang und Hubert Sturmberger. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Ich darf auch die etwas größere Zahl von Besuchern heute herzlich willkommen heißen hier im Gemeinderatssaal. Es ist ja nicht immer der Fall bei Sitzungen des Gemeinderates, obwohl ja jede Sitzung öffentlich zugänglich ist, daß eine so große Zahl von Besuchern hier ist. Ich bitte auch um Verständnis, dieser Gemeinderatssaal ist halt in seiner Größe leider nicht geeignet, größere Besucherzahlen aufzunehmen. Wenn man das vorher weiß, kann man sich entsprechend einstellen. Wir haben auch gar nichts dagegen, daß man

eine solche Sitzung einmal irgendwo anders durchführt, aber der Regelfall ist, daß wir hier in diesem Saal, der dazu geschaffen wurde vor etwa 200 Jahren, daß diese Sitzungen da abgehalten werden in diesem Raum.

Anfragen liegen mir keine vor, das ist damit erledigt. Wir kommen nun zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Hier darf ich einige akute Themen kurz vortragen.

Aus der laufenden Mitteilung der Arbeitsmarktverwaltung ergibt sich für September 1990 folgendes. Im Amtsbezirk sind im abgelaufenen Monat sowohl die Wirtschafts- als auch die Arbeitsmarktlage praktisch unverändert geblieben. Die Hochkonjunktur hält offenbar an. Die Ölverteuerung als Folge der Golfkrise hat jedenfalls bisher keine spürbaren Auswirkungen verursacht. Ende September waren 2.570 Arbeitslose (1.208 Männer, 1.362 Frauen) vorgemerkt. Die Gesamtzahl ist dabei im Monatsvergleich fast konstant geblieben (+ 0,5 %). Auch innerhalb der einzelnen Berufsgruppen gab es nur unbedeutende Verschiebungen. Die geringen Veränderungen gegenüber dem Vormonat sind dadurch zu erklären, daß einerseits die neuen auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung getretenen Jugendlichen bereits im Juli und August in Vormerkung genommen wurden und andererseits die saisonbedingten Freistellungen noch nicht eingesetzt haben. Im Jahresvergleich ergibt sich jedoch - wie bereits in den vergangenen Monaten - wieder ein beträchtliches Ansteigen der Arbeitslosenzahl um 495 Vorgemerkte oder 23,9 Prozent. Die Zunahme erstreckt sich auch praktisch auf alle Berufe, hat aber einen Schwerpunkt in den gewerblich-industriellen Berufen.

Ähnlich konstant wie bei den Vorgemerkten verläuft der Trend auch bei den gemeldeten offenen Stellen. Der Bestand zu Ende September d. J. beträgt 401 und hat sich damit während

des abgelaufenen Monats nur gering verändert. Im Jahresvergleich ist hingegen ein Rückgang um 345 Stellen oder 46,2 Prozent zu beobachten. Die meisten freien Stellen sind nach wie vor im Bereich Metall und Bau gemeldet. Die Zahl der Lehrstellensuchenden ist insgesamt ziemlich gleich geblieben, sie beträgt derzeit 423.

Ich möchte weiters mitteilen, daß aus Anlaß der deutschen Wiedervereinigung mir ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Plauen am 2. Oktober zugegangen ist. Dieses Schreiben möchte ich dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen.

Sehr verehrte Damen und Herren!
Das deutsche Volk feiert am Mittwoch, 3. Oktober 1990, den Tag seiner Vereinigung. Dieser Tag ist mir ein persönliches Bedürfnis, unsere bisherigen Beziehungen, getragen von der Freundschaft und Zusammenarbeit, zu würdigen und die Hoffnung auszusprechen, unsere gemeinsame Arbeit künftig noch enger zu gestalten. Die Bürger der Stadt Plauen sind mit uns der Auffassung, die Beziehungen zwischen unseren Städten auf freundschaftlicher Basis auch in Zukunft fortzusetzen. - Im Namen der Bürger der Stadt Plauen/Vogtland, Dr. Rolf Magerkord, Oberbürgermeister.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Problematik der Unterbringung unserer Musikschule in der Vergangenheit anderweitige Unterbringungsmöglichkeiten ge- und untersucht. Hier muß ich leider mitteilen, daß die ins Auge gefaßte Übersiedlung der Musikschule in das ehemalige Kreisgerichtsgebäude nicht erfolgen kann. Einerseits weil der vom Landesmusikschuldirektor Dr. Preiß geforderte Platzbedarf nicht erreichbar ist und andererseits waren die Miet- bzw. Adaptierungskosten zu hoch. Das Land Oberösterreich weigert sich, für die Adaptierung in Fremdoobjekten höhere Landesbeiträge

einzusetzen. Durch die Stadt allein wären aber die erforderlichen Adaptierungen nicht finanzierbar gewesen. Wir werden also für die Sanierung, für die Verbesserung der Unterbringung unserer Musikschule andere Möglichkeiten zu suchen haben.

Zum Bauvorhaben Pensionistenwohnungen Industriestraße 24 und Bauvorhaben Resthofstraße 39 möchte ich mitteilen, daß in beiden Fällen die Vorbereitungen zur Einrichtung bei der Wohnbauförderung von der MA III vorgenommen wurden. Da sich leider im Zuge der Anbotseröffnung herausgestellt hat, daß ursprünglich mit den in Aussicht genommenen Baukosten das Auslangen nicht gefunden werden kann, fand vor einigen Tagen eine Vorsprache bei Landesrat Habringer statt und sicherte dieser ein neues Finanzierungsmodell zu, wodurch die Realisierung der erwähnten Bauvorhaben gesichert erscheint.

Meine Damen und Herren, am 29. September haben wir den "Tag der offenen Tür" in unserem zentralen Altersheim abgeführt. Die Verwaltung berichtet, daß dieser "Tag der offenen Tür" als großer Erfolg zu werten ist. Übereinstimmende Schätzungen und Zählungen haben ergeben, daß ca. 2.000 Personen die Küche des ZAH besichtigten, wovon auch ein beachtlicher Teil die Pflegeabteilungen und die Allgemeine Abteilung aufsuchte. Aus den gestellten Fragen an das Verwaltungs-, Pflege und Küchenpersonal kann ein sehr großes Interesse abgeleitet werden.

Meine Damen und Herren, wir haben am 7. Oktober die Wahlen zum Nationalrat durchgeführt und ich möchte bei dieser Gelegenheit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den einzelnen Wahllokalen, ganz gleich von welcher Partei sie bestellt waren, herzlich danke sagen. Es ist nicht einfach, eine solche Wahl durchzuführen. Es waren in etwa 70 Wahlsprengel in der Stadt Steyr und es waren

etwa 1.000 freiwillige Mitarbeiter notwendig, um die reibungslose Abwicklung dieser Wahl zu gewährleisten. Ihnen allen herzlichen Dank. Ich bitte um Kenntnisnahme dieser meiner Mitteilung. Wir kommen damit zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 des Statutes. Die Unterlagen wurden so wie immer zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Mitglieder des Gemeinderates zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei. Ich ersuche um Kenntnisnahme.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und hier darf ich Kollegen Vizebürgermeister Leithenmayr um Übernahme des Vorsitzes ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile unserem Bürgermeister das Wort zur Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im ersten Antrag darf ich Sie bitten um die Zustimmung zur Gewährung einer Subvention an den Verein FAZAT. Hier geht es darum, daß mit Erlaß des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten vom 30. 8. 1990 nunmehr der Stadt Steyr der 2. Teilbetrag eines gesicherten Förderungsbetrages in Höhe von 1,4 Millionen Schilling überwiesen wurde. Dieser Betrag ist den Vereinbarungen entsprechend dem Verein FAZAT zu übermitteln. Der diesbezügliche Antrag des Stadtsenates lautet:

1) Bau2-6446/86

Verein FAZAT; Umbau des ehemaligen Direktionsgebäudes auf dem Areal der Hack-Werke; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 18. 9. 1990 wird dem Verein FAZAT für das Projekt "Beispielhafte Sanierung des ehemaligen Direktionsgebäudes auf dem Areal der ehemaligen Hack-Werke" eine nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 1,4 Millionen als Weiterleitung eines vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in dieser Höhe gewährten nicht rückzahlbaren Beitrages gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.400.000,-- (eine Million vierhunderttausend)

werden bei der VA-Stelle 5/2890/777000.2 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag jemand das Wort wünscht? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Wir schreiten daher zur Abstimmung. Wer mit diesem Antrag in der vorliegenden Form einverstanden ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle fest, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um die Festsetzung der Eintrittspreise für die Weihnachtsausstellung 1990. Das Museum der Stadt Steyr zeigt im Rahmen der Aktivitäten der Christkindstadt Steyr in der Zeit vom 1. Dezember 1990 bis 7. Jänner 1991 mit der Pötmesser-Krippe eine der größten Krippen der Welt. Diese Krippe ist sicher eine At-

traktion ersten Ranges, die derzeit bei einer großen Krippenausstellung im belgisch-deutschen Grenzraum präsentiert wird. In Zusammenarbeit mit dem Fremdenverkehrsverband Steyr soll diese Ausstellung ein wesentlicher Anziehungspunkt in der Weihnachtszeit sein und den Ruf unserer Stadt als Christkindlstadt weiter untermauern.

Im Zuge der Beratungen des Finanz- und Rechtsausschusses in der Sitzung vom 16. Oktober 1990 wurde von Gemeinderat Oskar Holub, Gemeinderat Roman Eichhübl und Vizebürgermeister Karl Holub angeregt, die Weihnachtsausstellung auch für weitere Personengruppen frei zugänglich zu machen. Ich komme als Berichterstatter dieser Anregung nach und schlage vor, neben den Schülern den freien Zugang auch für Kinder, Studenten, Lehrlinge, Arbeitslose und Präsenzdienler zu beschließen. Ich darf folgenden Antrag zur Beschlußfassung vorlegen:

3) K-6038/90

Weihnachtsausstellung 1990;
Festsetzung der Eintritts-
preise.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 27. 9. 1990 werden die Eintrittspreise für die Weihnachtsausstellung 1990 (1. 12. 1990 bis 7. 1. 1991) wie folgt festgelegt:

Erwachsene S 25,--

Gruppen ab 15 Personen

S 15,--

Kinder, Schüler, Lehrlinge, Studenten,
Arbeitslose und Präsenzdienler
frei.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag des Wort gewünscht wird? Kollege

Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf vorausschicken und auch diesem Gremium bekanntgeben, daß ich mich auch im Finanz- und Rechtsausschuß grundsätzlich dafür ausgesprochen habe, daß die Stadt Steyr für eine derartige Attraktion, die sie bietet bei dieser Ausstellung, auch Eintritt verlangt, um etwas in die Stadtkasse zu bekommen. Das ist durchaus gerechtfertigt. Ich habe mich aber deshalb zu Wort gemeldet, weil ich auch begründen möchte, warum ich die Meinung vertreten habe, daß vor allen Dingen jüngeren Menschen auch eine Ermäßigung gewährt werden soll. Ich vertrete die Auffassung, daß wir eine Verpflichtung gegenüber jüngeren Menschen haben, diese anzuregen, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen und daher auch die Eintritte in entsprechender Form reduzieren müssen. Denn gerade die Jugendlichen, beschwert man sich immer wieder, haben wenig Interesse an kulturellen Veranstaltungen und daher würde das sicherlich einen Anreiz bieten. Ich komme damit bereits zum Abschluß und darf nochmals bekanntgeben, daß ich diesem Antrag die Zustimmung geben werde. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TRTEML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, mit dieser Änderung des Antrages der Mehrheitsfraktion zeigt sich, daß hier im Gemeinderat ein sehr offenes Klima herrscht und ohne formelle Gründe und Anträge auch

Anregungen der Minderheitsfraktionen sofort aufgenommen und realisiert werden. Ich möchte hier objektivweise sagen, das spricht auch für die Mehrheitsfraktion, daß sie ad hoc im Interesse der Schwächeren, vor allem Schüler, Lehrlinge, Pensionisten und Bundesheerangehörigen, entschieden hat und diese die Ausstellung bei freiem Eintritt besuchen können. Der Antrag, der heute gestellt wird, dem werde ich selbstverständlich zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte noch eine ganz kurze Erklärung abgeben. Dieser Antrag wurde gestellt, weil im Vorjahr diese Ausstellung ebenfalls durchgeführt wurde und es damals keine Probleme gegeben hat. Das ist durchaus verständlich und ich habe mich mit dem Kulturamt in Verbindung gesetzt, daß man diesen Wünschen nachkommt, die hier vorgetragen wurden, weil ich glaube, daß man ermöglichen soll, daß diese Gruppen ohne finanziellen Aufwand diese Veranstaltung besuchen können.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir schreiten zur Abstimmung, wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um die Subventionsgewährung für den Verein Mu-

seum Industrielle Arbeitswelt. Ich glaube, ich kann mir breite Erläuterungen über die Bedeutung dieses Museums für unsere Stadt ersparen, jeder kennt dieses Museum. Die Stadt hat sich bereits mit Gemeinderatsbeschluß vom 3. 3. 1988 dazu bekannt, indem sie damals ein Förderungsansuchen in der Höhe von S 500.000,-- für das Jahr 1988 beschlossen hat. Ich glaube, daß sich die Stadt auch bei der Errichtung dieses Museums bereits bewußt war, daß dieser Betrieb - die Stadt Steyr ist ja Mitglied im Verein Museum Arbeitswelt - ohne Förderungsbeträge nicht aufrecht erhaltbar ist. Ich darf daher ersuchen, daß Sie für das heurige Jahr zur Abwicklung dieses Museumsbetriebes diesen Betrag beschließen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) K-7095/80

Museum Industrielle Arbeitswelt; Subvention

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 3. 10. 1990 wird dem Verein Museum Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, für den laufenden Betrieb 1990 des Museums der Industriellen Arbeitswelt eine Subvention in Höhe von S 950.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 950.000,--

(neunhundertfünfzigtausend)

werden bei VSt 5/2890/777000.2 freigegeben.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthal-

tung? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den Ankauf von Hard- und Softwarekomponenten zur Schaffung einer zukunftssicheren PC-Vernetzung unter Berücksichtigung der Siemens EDV-Anlage im Haus. Ich glaube, ich kann mir die Verlesung des sehr umfangreichen Amtsberichtes ersparen und möchte darauf hinweisen, daß aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 27. September im Zusammenhang mit dieser Vernetzung folgende Aufträge zu vergeben wären.

5) GHJ1-92/90

Ankauf von Hard- und Softwarekomponenten zur Schaffung einer zukunftssicheren PC-Vernetzung unter Berücksichtigung der Siemens EDV-Anlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 27. September 1990 werden im Zusammenhang mit der PC-Vernetzung folgende Aufträge vergeben:

Fa. Olivetti, Linz, Verkabelung mit Repeater und Software S 78.130,--
(HW 78.000,--, SW 15.756,--) + 20 Prozent MWSt. S 15.626,--
S 93.756,--

Fa. Computer-Kontor, Wien, Gateway mit Netzwerksadapter + 20 Prozent MWSt. S 108.430,--
+ 20 % MWSt. S 21.686,--
S 130.116,--

Fa. Philips, Linz
5 PCs, 2 Drucker, 1 Streamer-Tape S 285.000,--
+ 20 % MWSt von S 235.000,-- (Kanal USt frei) S 47.000,--
S 332.000,--

Die für den Ankauf der Hardwarekomponenten erforderlichen Mittel

werden im Ausmaß von
S 350.000,--

(dreihundertfünfzigtausend) bei VAS 5/0160/04300.0 freigegeben und gleichzeitig eine Kreditübertragung in Höhe von

S 50.000,-- (fünfzigtausend) von VAS 1/0160/616000.6 auf 1/8110/043000.8 bewilligt.

Die für den Ankauf der Softwarekomponenten erforderlichen Mittel werden im Ausmaß von

S 146.000,--
(einhundertsechszwanzigtausend) bei VAS 5/0160/728800.5 freigegeben. Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt, einen Hardware-Wartungsvertrag zum Preis von S 5.000,-- jährlich mit der Firma Computer-Kontor abzuschließen.

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Ergänzungstagesordnung. Hier darf ich mitteilen, daß ein Antrag der Gemeinderäte Otto Trembl, Oskar Holub und Roman Eichhübl vorliegt, die Verkehrsregelung Tabor - Resthofstraße in die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung - das ist eben die heutige - aufzunehmen. Dies ist erfolgt. Nun eine kurze Sachverhaltsdarstellung nach einem Bericht vom 11. Oktober 1990 der Magistratsabteilungen I und III. Mit Beschluß des Verkehrsausschusses vom 13. September 1990 wurden nachstehende Verkehrsmaßnahmen beschlossen:

1. die Aufhebung der Sperre der Resthofstraße bei Haus Nr. 14 nach

erfolgter Verkehrszählung. Die Sperre wurde am 8. Oktober 1990 aufgehoben. Im Bereich der Kreuzung Resthofstraße - Mannlicher Straße wurde mit Verordnung vom 26. September 1990 folgende Verkehrsmaßnahme verordnet:

a) Vorschreibung der Fahrtrichtung nach links in die Mannlicherstraße von Fahrzeugen, die aus der Resthofstraße aus Richtung Tabor kommen;

b) Vorschreibung der Fahrtrichtung nach rechts in die Mannlicher Straße von Fahrzeugen, die aus der Resthofstraße aus Richtung Resthof kommen;

c) von diesen beiden Verkehrsregelungen werden Radfahrer ausgenommen;

d) Aufhebung der Vorrangregelung auf der Mannlicher Straße an der Kreuzung mit der Resthofstraße. Die Anbringung bzw. Entfernung der erforderlichen Verkehrszeichen erfolgte am 1. Oktober 1990. Zusätzlich wurden in diesem Kreuzungsbereich bauliche Maßnahmen in Form einer trapezförmigen Straßensperre, deren Ausführung nach Fahrversuchen mit einem städtischen Gelenkbus festgelegt wurden, eingerichtet.

3. Im Bereich Resthofstraße 14 wurde durch Einbau von Hindernissen und durch Anlage einer 10 cm hohen Asphaltschwelle eine Fahrbahnverengung geschaffen. In diesem Zusammenhang wurden folgende Verkehrsmaßnahmen verordnet mit Verordnung vom 1. Oktober 1990:

a) Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge im Bereich dieser Fahrbahnverengung; b) Erweiterung der für die Resthofstraße auf der Kreuzung mit dem Daimlerweg bis zum Haus Resthofstraße 4 erlassenen Zonenbeschränkung auf 30 km/h bis in Höhe der südlichen Werkszufahrt der Fa. Eckelt; c) Erlassung einer "Wartepflicht bei Gegenverkehr" im Bereich der Fahrbahnverengung. Die Anbringung bzw.

Versetzung der erforderlichen Verkehrszeichen wurde

am 8. Oktober durchgeführt. Zusätzlich hat es sich als notwendig erwiesen, das an der Westseite der Resthofstraße bestehende zeitlich unbeschränkte Halteverbot 13 m in südliche Richtung zu verlängern. Diese Maßnahme wird nach Vorliegen einer entsprechenden Verordnung durchgeführt. Die vorgenannten Maßnahmen wurden für eine Zeit von 2 Monaten installiert, wobei vor Ablauf dieses Zeitraumes neuerlich Verkehrszählungen durchgeführt werden.

4. Über die Resthofstraße wurde nach der Kreuzung mit der Kaplangasse eine Fahrbahnaufdopplung in einer Länge von 5 m mit einer beidseitigen Rampenneigung von 1/10 als Dauer-einrichtung aufgebracht.

Soweit der Sachverhalt, wie er sich derzeit darstellt.

Ich habe aber auch hier einen Antrag und werde natürlich dann noch dazu Stellung nehmen, und zwar einen Antrag zur Sache der Kollegen Tremel, Eichhübl und Oskar Holub. In diesem Zusammenhang darf ich ersuchen, Herr Vorsitzender, daß Kollege Tremel, diesen hier vorbringen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich erteile Kollegen Tremel das Wort.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der Herr Bürgermeister hat im bezug unseres gestellten Antrages die Tatsache dargelegt, wie wir sie nun vorfinden. Das heißt, aufgrund der Beschlußfassung des gemeinderätlichen Verkehrsausschusses, daß die Sperre Durchfahrt Resthofstraße de facto aufgehoben wurde. Für uns Kommunalpolitiker sind ja die Themen und Probleme und die damit verbundene Aufgabenstellung weitgehend vorgege-

ben. Dabei ist sicherlich die entscheidende Frage die Sicherung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten für unsere jungen Menschen. Es kommt sehr deutlich zum Ausdruck bei den Mitteilungen des Herrn Bürgermeister, die er einleitend gebracht hat, bei der konstanten Arbeitslosigkeit in unserer Stadt und Umgebung von über 2.500 Menschen. Ein weiteres Problem ist in unserer Stadt die Wohnungsfrage, das sind Dinge, die uns vorgegeben sind. Aber eine der größten Aufgaben von uns ist z. B., daß in dicht bewohnten Stadtteilen mit dem dichten und zunehmenden Fahrzeugverkehr das Leben der dort wohnenden Menschen nicht zur Hölle wird. Nicht alle können sich einen Zweitwohnsitz im Grünen leisten und nur wenige können sich ein Wohnhaus in einer Siedlung am Rande der Stadt errichten. Wie bereits von Bürgermeister Heinrich Schwarz berichtet wurde, stellten wir, die Grün-Alternative-Liste, die Freiheitliche Partei und meine Partei, einen Antrag, die Verkehrsregelung Tabor-Resthofstraße in die Tagesordnung aufzunehmen und das wurde auch - das ist positiv zu erwähnen - dementsprechend erfüllt. Seit Jahren wollen die Bewohner im eng verbauten Wohngebiet nichts anderes als eine Verkehrsberuhigung. Um die Lebensbedingungen dort zu verbessern, habe ich bereits vor Jahren - ich glaube, es war im Jahr 1985 - dem Gemeinderat ein Verkehrskonzept für das Wohngebiet Tabor-Resthofstraße vorgeschlagen. Diese Verkehrsregelung wurde, wie Sie selbst genau wissen, in zwei Etappen realisiert. Dadurch wurde die Umwelt und die Lebensqualität in diesem Wohngebiet wesentlich verbessert. In der ersten Etappe wurde der Lkw-Schwerverkehr aus dem Wohngebiet herausgenommen bzw. verbannt. Die zweite Etappe sah die Sperre der Resthof-

straße im Bereich zwischen der Kreuzung Mannlicher Straße und dem Röhrholtweg für den Pkw-Durchzugsverkehr vor. Die Sperre erfolgte im Juni dieses Jahres nach der vorgesehenen Verampelung der Kreuzung Ennser Straße - Siemensstraße. Damit, meine Damen und Herren des Gemeinderates, trat die gewünschte Verbesserung der Lebensbedingungen für die über 1.500 Menschen ein. Dafür wurde mit dutzend Dankschreiben unserem Stadtoberhaupt, Herrn Bürgermeister Schwarz, der Dank ausgesprochen. Gegen die Sperre mobilisierte ein Teil der ansässigen Unternehmer ihre Beschäftigten und die ÖVP- und SPÖ-Wirtschaftsvertretungen. Mit unüblichen Methoden - gelinde ausgedrückt - boxten SPÖ und ÖVP die Aufhebung der Sperre Resthofstraße, wie wir alle wissen, durch. Gegen die Interessen der Wohnbevölkerung wurde also vom Stadtsenat, von den Stadtsenatsfraktionen der SPÖ und ÖVP die Sperre Resthofstraße aufgehoben und bietet sich uns nun die Situation, wie sie Bürgermeister Schwarz schilderte. Aufgrund des Kompromißvorschlages, der auch bekanntlich von der überwiegenden Bevölkerung abgelehnt wurde, kann der Pkw-Fahrzeugverkehr nun durch das engverbaute Wohngebiet durch die Resthofstraße, durch die Puchstraße, durch die Porschestraße und durch die Resselstraße rollen. Wie mir die Bewohner erzählten, rollt der Fahrzeugverkehr derzeit auch wiederum aus dem Wohngebiet Resthof. Dadurch sind mehr als 1.500 Menschen durch Lärm und Abgase neuerlich in verstärktem Maß gesundheitlich gefährdet. Dies ist offenbar so manchem Mandatar des Gemeinderates vollkommen gleichgültig. Das Verhalten bzw. die gemeinsame Entscheidung der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktionen gegen die Interessen der Bewohner zeigt mir wiederum deutlich, daß sie

vor allem auf seiten weniger Unternehmer stehen. Die Profitinteressen stehen offenbar auch hier in diesem Rathaus und in diesem Gemeinderat in der Mehrheit über dem Umweltbewußtsein. Außerdem vertrete ich nach wie vor die Auffassung, daß der Beschluß des gemeinderätlichen Verkehrsausschusses vom 13. September d. J. auf Aufhebung der Sperre Resthofstraße nicht als rechtsgültig anzusehen ist. Ich verlange daher erneut, daß das Verkehrskonzept Tabor-Resthofstraße, das die Sperre der Resthofstraße für den Pkw-Fahrzeugverkehr vorsieht, wieder in Kraft gesetzt wird. Die giftigen Straßenrückbauten müssen nach meiner Auffassung ohnedies wieder entfernt werden und dafür, meine Damen und Herren, soll der von den Bewohnern der Stadt geschenkte Baum in der Resthofstraße nächst dem Haus Nr. 14 eingepflanzt werden. Der Gehweg, der Fahrradweg und die Durchfahrt der Rot-Kreuz-Wagen und für Ärzte sowie eines Hubstaplers der Fa. Buric, die ja, wie Sie wissen, eine Ausnahmegenehmigung der OÖ. Landesregierung besitzt, ist dabei sicherzustellen. Der große Industriebetrieb der Fa. Eckelt - ich habe das bereits in der Aktuellen Stunde der letzten Sitzung angeführt - hat bereits seinen Protest gegen die Sperre der Resthofstraße zurückgezogen, denn der Geschäftsführer Dir. Emil Schlitz hat vor Wochen in aller Öffentlichkeit erklärt, wenn die Sperre Resthofstraße aufrecht bleibt - wir haben uns im übrigen schon daran gewöhnt - so müssen die restlichen Zufahrtswege unbedingt ausgebaut werden. Er meinte dann weiter damit die Einfahrt der Mannlicherstraße, die zu verbreitern sei und mit einer Lichtsignalampel zu versehen ist.

Die Firma Reifen Stummer machte in der Zeitung KORREKT, es ist dies die letzte Zeitung, die vor einigen Tagen erschienen ist, Werbung für Ihre Zu-

fahrt, ausgehend nicht durch das Wohngebiet, sondern von der Ennser Straße über die Mannlicher Straße zu ihrem Reifenhandel in der Resthofstraße. Wenn Sie mir das nicht glauben, dann können Sie auch dies im letzten Amtsblatt nachlesen. Nun noch ein paar Worte zu den Unternehmern. Die Aussage der immer weniger werdenden Betriebsinhaber, daß durch die im November 1989 einstimmig beschlossene Verkehrsmaßnahme die Betriebe vom übrigen Straßenverkehr abgenabelt wurden, ist nach meiner Auffassung überhaupt nicht stichhältig. Denn die Zu- und Abfahrt über die Mannlicherstraße ist ausreichend. Ich möchte sagen, seit Jahren benützen die Schwer-LKW ja klaglos dieses Straßenstück. Die Zufahrt zu den Betrieben wird auf der Ennser Straße auch durch Hinweistafeln angekündigt. Hier könnte man auch sagen, sie könnte besser angekündigt werden. Aber für die betroffene Bevölkerung ist es nicht zumutbar, daß die Kunden und Beschäftigten dieser Betriebe durch das engverbaute Wohngebiet fahren. Im Auftrage der GAL, der FPÖ und der KPÖ stelle ich den Antrag zur Sache nach § 5 Abs. 1 lit. d der Geschäftsordnung des Gemeinderates, den ich ja bereits statutengemäß dem Herrn Bürgermeister schriftlich vor der Sitzung übergeben habe. Im Wortlaut heißt dieser Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen, daß durch die nachstehend vorgeschlagene Verkehrsregelung die Abgas- und Lärmbelästigung der Bewohner in der Puchstraße, Porschestraße, Resselstraße und Resthofstraße gemildert wird. Die Zu- und Abfahrt zur Resthofstraße erfolgt über die Mannlicher Straße. Die Resthofstraße ab Kreuzung Mannlicherstraße - Resthofstraße ist bis zur Zufahrt der Firma Eckelt zur Sackgasse zu erklären. In der Gegenrichtung, im Kreuzungsbereich Resselstraße Resthofstraße ist das Verkehrszeichen "Allgemeines

Fahrverbot" mit der Zusatztafel "Zusatz für Anrainer bis 85 Meter nach Kreuzung Rörholtweg gestattet" anzubringen. Durch diese vorgeschlagene Verkehrsmaßnahme für den Fahrzeugverkehr würde auch der ständige Verkehrsstau im Wohngebiet Tabor bei der Einbindung der Resselstraße in die Ennser Straße und Porschestraße zum Taborknoten sowie Blümlhuberberg verhindert und die Umweltbelastung durch Motorlärm und Abgase gemildert. Abschließend, meine Damen und Herren, fordere ich Sie persönlich auf, daß Sie der beantragten Verkehrsregelung die Zustimmung geben, denn nur dadurch wird der PKW-Durchzugsverkehr unterbunden und das Leben der dortigen Bewohner nicht zur Hölle.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster Redner ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL: Werte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Besucher der Sitzung dieses Gemeinderates. Obwohl wir bereits mehrmals dazu Gelegenheit gehabt haben, zuletzt bei einer öffentlichen Veranstaltung vor Ort, über die Sperre der Resthofstraße bzw. deren Aufhebung zu diskutieren, sehe ich es als legitim, ja sogar aus meiner Sicht für notwendig an, daß sich die 3 kleinen Gemeinderatsfraktionen zusammenschließen und beantragen haben, daß diese Verkehrsregelung Resthofstraße heute hier in dieser Gemeinderatssitzung behandelt wird. Weiters haben wir gemeinsam einen Sachantrag eingebracht, der eben Verkehrsregelungen zum Inhalt hat, die den Bewohnern des Stadtteiles Resthof zugute kommen und die Belastung des Straßenverkehrs entsprechend vermindern. Daß wir uns zusammenschließen haben war ja

deshalb notwendig, meine Damen und Herren des Gemeinderates, weil Sie ja wissen, daß ein einzelner Gemeindemandatar oder eine Ein-Mann-Fraktion keinen Antrag stellen kann in diesem Gremium. Dies spricht natürlich auch nicht besonders für jene, die diese Regelung des Statutes beschlossen haben, daß sie sich darüber Gedanken gemacht haben, Demokratie auch für die Minderheiten einzuführen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, all das, was sich im Zusammenhang der Öffnung der Sperre Resthofstraße so auf politischer Ebene abgespielt hat, ist ein Proto-Beispiel dafür, wie man eigentlich mit der Meinung und den Anliegen von Bürgern, auch wenn es nur um einen Teil der Bürger unserer Stadt geht, nicht umgehen soll. Vorerst wurde ja bekanntlich jenen der Wunsch erfüllt, die sich seit Jahren bemüht haben, eine Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse herbeizuführen, indem man im Verkehrsausschuß einstimmig die Sperre der Resthofstraße deshalb genehmigt und beschlossen hat, weil man der Auffassung war, daß diese Verkehrsverhältnisse in den angeführten Straßen unzumutbar für die Bevölkerung und die Bewohner sind. Als aber dann nach einiger Zeit aus bekannten Gründen und von bekannter Seite Widersprüche gegen diese Resthofstraßen-Sperre aufgetreten sind, waren sehr eigenartige Aktivitäten auf politischer Ebene bemerkbar, um diesen Beschluß rückgängig zu machen und um diese Straßensperre in der Resthofstraße wieder aufzuheben. Meine Damen und Herren, es hat damit begonnen, daß man eine Sitzung des Verkehrsausschusses einberufen hat, dann telefonisch wieder abgesetzt hat, daß man über Nacht eine Sitzung des Verkehrsausschusses einberufen hat - und ich habe dies bereits mehrmals zum Ausdruck gebracht - wohl um damit zu verhindern,

daß ein Teil der Bürger des betroffenen Stadtgebietes ihre demokratischen Rechte in Anspruch nimmt und dort vor diesem Amtsgebäude, wo die Sitzung stattgefunden hat, auftritt, um eben zu verhindern, daß die Resthofstraßen-Sperre wieder aufgehoben wird. Und zwar deshalb wieder aufgehoben wird, weil ja spürbare Verbesserungen zu bemerken waren. Und weil das auch, wie Kollege Tremel schon darauf hingewiesen hat, dazu geführt hat, daß eine Reihe von Dankschreiben eingelangt ist, die beispielsweise dem Verkehrsausschuß vorenthalten wurden. Also es hat auch eine, ich möchte nicht sagen Nichtinformation, aber zumindest eine Informationsunterbindung gegenüber den Mitgliedern des Gemeinderates gegeben; und das, meine Damen und Herren, finde ich besonders stark. Denn auch wir Mitglieder des gemeinderätlichen Ausschusses wurden nicht so informiert, wie wir uns das eigentlich vorgestellt hätten. Es hat dann auch eine Reihe von anderen Vorfällen gegeben; es hat auch - und das sage ich auch hier sehr deutlich - Unterdrucksetzung jener Personen gegeben, die die Unterschriftenliste unterzeichnet hätten. Es hat auch eine Reihe von anderen, sehr unschönen Vorfällen gegeben, die ja wahrscheinlich ein Mandatar besser beantworten könnte, der direkt in diese Angelegenheit involviert war und der in diesem Wohngebiet auch wohnt und sich ursprünglich auch dafür eingesetzt hat. Meine Damen und Herren und dann ist es auf Beschluß der SPÖ und der ÖVP im Verkehrsausschuß zu einer sogenannten Kompromißlösung gekommen, wobei sich schon jetzt herausgestellt hat, daß das weder ein Kompromiß, noch eine Lösung war. Denn ich selbst habe mich davon überzeugt, wenn man jetzt diese Straßen benützt, um in das Industrie- und Gewerbegebiet zu kommen, dann stellt man eines fest: Bereits bei der

ersten Erhöhung, die in die Resthofstraße eingebaut wurde, muß naturgemäß der Kraftfahrer die Geschwindigkeit vermindern, erhöht sie dann wieder bis zur Schikane, vermindert dann seine Geschwindigkeit wiederum und das bedeutet mehr bremsen, mehr Lärm, mehr Bremsstaub und natürlich einen vermehrten Ausstoß von Abgasen. Ich glaube, das wirst Du sicherlich auch bestätigen können, oder war dies etwa nicht Deine Auffassung, Kollege Bremm? Aber Du hast ja dann die Möglichkeit, Dich zu Wort zu melden. Und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, habe ich ebenfalls festgestellt, daß bei der Einmündung der Mannlicher Straße in die Resthofstraße die angebrachten Verkehrsschilder "Fahrtrichtung ist einzuhalten" überhaupt nicht befolgt werden. Es hat sich also sehr deutlich herausgestellt, daß durch diese Maßnahmen wieder ein reger Durchzugsverkehr in der Resthofstraße und in den anliegenden Straßen herrscht. Das, glaube ich, kann man mit aller Deutlichkeit und mit Fug und Recht hier feststellend behaupten. Ich habe mich selbst davon überzeugt. Daher meine Damen und Herren, fordere ich im Namen der freiheitlichen Fraktion, daß sehr wohl Maßnahmen getroffen werden, wie beispielsweise die Realisierung der sehr oft angeführten Stichstraße, um in das Industrie- und Gewerbegebiet zu kommen, um auch die Interessen der dortigen Betriebe zu realisieren. Ich fordere aber in erster Linie eine sofortige Sperre der Resthofstraße an der Stelle, an der sie bereits vorhanden war und fordere, im Sinne des vorhin gestellten Antrages, weitere Maßnahmen in diesem Wohngebiet, damit wieder der Zustand eintritt, daß die Bewohner dort nicht dauernd Lärm, Schmutz und Abgasen ausgesetzt sind. Ich glaube, Sie haben ein Recht darauf und das Recht sollten wir ihnen nicht nehmen und sollten uns

dafür einsetzen. Ich bitte Sie meine Damen und Herren, sich das zu überlegen. Die Bewohner dieses Stadtteiles haben ein Recht auf eine bessere Wohnqualität.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Oskar Holub ist der nächste.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Vorredner haben schon sehr viel zur Sache gesagt. Ich möchte noch ergänzend dazu sagen, ich war zum Zeitpunkt dieser Übereinkunft dieses Beschlusses auf Urlaub. Ich möchte mich dem anschließen, was Kollege Eichhübl gesagt hat bezüglich Demokratie im Gemeinderat. Es ist uns als Ein-Mann-Fraktion nicht möglich, einen Vertreter zu entsenden. Es ist also in einem Zeitraum, wo ich auf Urlaub bin, nicht möglich, politisch einzugreifen, unsere Anliegen darzustellen. Für uns war also auch klar, daß eine Verbesserung für ein Wohngebiet Vorrang haben muß vor Gewerbe- bzw. Industriebetrieben. Ich glaube aber, daß der Fehler schon längere Zeit zurück liegt, daß die Vermischung von Industrie- und Gewerbegebieten sowie von Wohngebieten in Steyr eine lange Tradition hat. Ich glaube, daß man am Beispiel Resthof und auch am Beispiel Haager Straße - es gibt sicher auch noch andere Beispiele - sehen kann, daß es dringend notwendig ist, ein Stadtentwicklungskonzept für ganz Steyr zu erstellen. Wo durch einen anerkannten unabhängigen Experten in Zusammenarbeit mit den Fachkräften des Magistrates ein Konzept erstellt wird, das Grünflächen - das sind auch Naherholungsgebiete für die Stadt - Wohngebiete, Gewerbe- und Industriegebiete so trennt, daß nicht mehr eine Situation entstehen kann, wie diese hier am Resthof. Bedauerlich

finde ich es besonders, daß aufgrund einer Alibi-Maßnahme - würde ich sagen - für eine Schikane für die Bevölkerung Giftmüll verwendet wurde, nämlich Bahnschwellen, die an sich in Simmering entsorgt werden müssen. Das ist so ein Ausdruck einer kurzfristigen Politik, würde ich sagen. Ich finde es wirklich wichtig, ein Stadtentwicklungskonzept zu erstellen, um so etwas künftighin hintanzuhalten. Wenn schon erboste, aber trotzdem Bürger, den Kontakt mit den Stadträten suchen und der Stadt einen Baum schenken, dann denke ich mir, die Stadt sollte ihn annehmen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Eine weitere Wortmeldung? Kollege Zagler, bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, werte Herren Bürgermeister, geschätzte Gäste. Ich habe ein paar Zeilen vorgeschrieben, die ich gerne vorlesen möchte. Die Bürgerinitiative X-Straße hat mit 250 Unterschriften das erreicht, wovon Gleichgesinnte meist nur träumen können. 200 Meter ihrer Straße wurden mit Verordnung von Vizebürgermeister N. N. zur Wohnstraße erklärt und mit Bodenwellen bestückt, um dem extremen "Durchzugsverkehr" (Bürgerinitiative) den Garaus zu machen. Dennoch ist heute keiner der Betroffenen mit der Lösung zufrieden. Während die Bürgerinitiative behauptet, daß sich an der Verkehrsfrequenz kaum etwas geändert hat, klagen die angrenzenden Gewerbebetriebe über Umsatzeinbußen. Originalton in der X-Straße: Die teuren Betonhügel, die auf Stadtkosten errichtet wurden, müssen wieder weg. Ursprünglich war die Sache auch ganz anders geplant, denn die Bürgerinitiative forderte eigentlich eine Umkehrung der Ein-

bahn. In einer Anrainerversammlung gab der für Stadt- und Verkehrsplanung zuständige Stadtrat dafür gleich sein "o. K.". Der Sprecher der Initiative: "Der Stadtrat hat erstaunlich schnell zugesagt". Erstaunlich auch deshalb, weil der Stadtrat gar nicht die Kompetenz für eine Zusage hatte. Nach starkem Gegenverkehr von seiten der Gewerbetreibenden, die via Handelskammer die zuständigen Politiker unter Druck setzten, führten die Einbahnstraßenbestrebungen dann auch vorerst in eine Sackgasse. Erst nach einer weiteren Aktion einigten sich alle Beteiligten auf einen Kompromiß, den jetzt plötzlich niemand mehr will. Als Sündenbock für die nicht in Erfüllung gegangenen Wünsche und Hoffnungen sehen nun Bürgerinitiative und Gewerbe gleichermaßen die Politiker.

Dieses Szenario hat sich nicht in Steyr abgespielt, sondern in einer viel größeren Stadt, wo hauptamtliche Stadträte am Werk sind. Es handelt sich um die Stadt Salzburg. Es ist auch eine Stadt, in der die hier so anders agierenden Politiker stark vertreten sind. Salzburg ist eine Stadt, wo die Grünen sehr stark sind, Stadtrat Voggenhuber hat dort jahrelang gewirkt. Es ist eine Stadt, wo die FPÖ sehr stark ist, Stadtrat Masopust ist Mitglied der FPÖ.....

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Bitte, Herr Stadtrat, wir sollten von Steyr reden und nicht von der FPÖ Salzburg.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

.....und dort der zuständige Verkehrs- und Planungsstadtrat.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Vielleicht sagst Du noch, die KPÖ ist auch vertreten.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT

ZAGLER:

Die KPÖ ist also in Salzburg, das wissen wir, nicht vertreten. Bitte ich habe das vorgelesen, das ist kein Text, den ich erfunden habe, der ist im Oktober im Trend veröffentlicht worden und kann hier jederzeit nachgelesen werden. Ich will damit eines sagen, man soll dieses Thema aus der Politik und vor allem aus der Tages- und Parteipolitik bitte heraushalten. Man soll das heraushalten und nicht durch Polemik ersetzen, nicht dadurch ersetzen, daß man sich hier ein Süppchen kocht, um vielleicht bei den nächstjährigen Gemeinderatswahlen die eine oder andere zusätzliche Stimme zu erheischen. Was wir wollen, ist eine Versachlichung der Probleme. Ich habe mich oben am Tabor gestellt und Sie waren alle dabei. Es war ein Großteil der Gemeindemandatare auch dort anwesend und ich habe mich verbürgt dafür, daß eine Versachlichung des Themas eintreten wird. Wir haben ein Provisorium im Verkehrsausschuß beschlossen, daß 2 Monate offengehalten werden soll mit diesen so gesetzten Maßnahmen und daß weitere Zählungen erforderlich sind. Ich habe bei dieser Veranstaltung in der Resthofstraße gesagt, daß dann, wenn hier ein deutliches Verkehrsmehraufkommen sein wird, diese so getroffene Entscheidung auch überlegt wird. Wogegen ich mich wehre ist, ohne sachliche Daten nur aufgrund von Gefühlen, oder wenn man sagen will nur aus dem Bauch heraus, zu entscheiden.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Aus dem Schlaf heraus.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Wir sind Gott sei Dank hier auch in der Lage, rationale Zahlen zu liefern. Ich habe Ihnen - ich darf das wiederholen, weil einige bei dieser Versammlung in der Resthofstraße nicht dabei

waren - die Zahlen auch vorgelegt, die wir von der Stickler-Zählung im März dieses Jahres haben, als die Resthofstraße noch gänzlich offen war. Es sind in den Vormittagsstunden 1.068 Fahrzeuge in der Porschestraße gezählt worden, in den Nachmittagsstunden von 15 bis 18 Uhr 1.377 Fahrzeuge. Diese Zählungen wurden bei einer totalen Sperre der Resthofstraße zweimal wiederholt, und zwar an einem Dienstag, dem 18. 9. und einem Donnerstag, das war der 20. 9. Hier sind in den Vormittagsstunden einmal 567, das andere Mal 538 Fahrzeuge gezählt worden, also etwa die Hälfte der früheren Belegung. Bei der Nachmittagszählung waren es 750 bzw. 703, also auch etwas mehr als die Hälfte der vorhergehenden Zahlen. Worum ich Sie hier ersuche, vor allem auch die Vertreter der Bewohner der Resthofstraße, der Resselstraße, der Porschestraße, geben Sie den Verkehrsplanern Zeit, auch hier die Daten zu erheben und glauben Sie daran - denn Ihr Interesse bestärkt mich in meiner Arbeit - daß wir nicht ohne sachliche Grundlage und nur aus Justament-Standpunkt gegen irgendjemanden entscheiden wollen. Das ist nicht unsere Absicht. Das wollen wir nicht. Ich darf noch etwas sagen, es sind ja die Mitglieder des Verkehrsausschusses fast alle heute anwesend, damit mich nicht ein weiterer Vorwurf trifft von wegen Verlegung von Ausschußsitzungen. Die nächste Ausschußsitzung ist laut Terminplan für 22. November geplant. Ich bitte jetzt schon eine Vorverlegung auf 21. November zur Kenntnis zu nehmen. Unserem Kollegen GR Oskar Holub darf ich noch sagen, er sitzt ja noch nicht so lange im Gemeinderat, es waren vor ihm schon einige andere der GAL auf seinem Sessel. Die SPÖ hat ein Stadtentwicklungskonzept, das noch in Gültigkeit ist.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Aber nicht für ganz Steyr, das stimmt nicht.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Für ganz Steyr, ein Stadtentwicklungskonzept für ganz Steyr. Ich darf vielleicht unseren Fraktionssekretär ersuchen, ihm ein solches Elaborat in die Hand zu geben. Der aufmerksame Leser der Medien wird auch wissen, daß gerade die führende Kraft in Steyr daran arbeitet, in Richtung das Jahr 2000, ein weiteres, erneuertes, überarbeitetes Stadtentwicklungskonzept zu geben.

Zwei Dinge noch, die ich anschließen möchte, die Ideallösung der Stichstraße ist schon oft erwähnt worden. Ich sehe darin eine Möglichkeit, alle Beteiligten zufrieden zu stellen und ich darf eines auch sagen - Sie werden ja dann wahrscheinlich nicht mehr hier in diesem Saal herinnensitzen - weil ich ja annehme, wenn der Resthof für Sie erledigt ist, lassen Sie uns mit unseren anderen Problemen wieder alleine. Wir haben heute noch einen großen Beschluß über eine Müll-Sache zu treffen, wo ein Vertrag mit der Landesregierung ausgehandelt wird, wo auch dezidiert drinnen steht, daß die Tabor-Knotenlösung oder die Tabor-Knoten-Problematik einer Lösung zugeführt werden wird. Ich glaube, das ist auch etwas, was man Ihnen als Bewohner dieses Stadtteiles heute sagen muß. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren Gemeinderäte, meine geschätzten Damen und Herren Gäste!

Die Problematik der Resthofstraßensperre ist hinlänglich bekannt. Ich möchte aber doch festhalten, daß wir uns sowohl im Verkehrsbeirat, also Verkehrsausschuß, und auch in unserer Fraktion sehr eindringlich und ausführlich mit dem Thema befaßt haben. Wir sehen die Problematik, die die Wohnbevölkerung dort hat, daß sie eine Verkehrsberuhigung wünscht, wir sehen aber auch die Problematik und das Recht der Wirtschaft und der dort ansässigen Betriebe, daß sie Straßen haben wollen, die sie befahren können. Wenn auch in sehr eingeschränktem Maße. Ich bin nicht überrascht, aber trotzdem etwas verwundert, daß die Behandlung dieser Resthofsperr im heutigen Gemeinderat, wenn auch eine etwas bescheidene Protestversammlung, wieder auf den Plan gerufen hat. Verwundert bin ich deswegen, weil ich glaube, daß man gemeinsam einen Kompromiß gesucht und gefunden hat und den befristet nun einmal ausprobieren will. Ich glaube dazu müßte man bei einigem guten Willen von beiden Seiten ja sagen. Es sind zum Kompromiß noch Kompromisse zugestanden worden, mit der Befristung, mit der Verkehrszählung. Dann wird man sehen, wie sich die ganze Verkehrsentwicklung, die Belastung für die einzelnen, entwickelt. Ich möchte noch eines sagen zu den jetzigen Maßnahmen, vielleicht sollte man darauf drängen, daß im Bereich der Mannlicherstraße eine Verkehrsüberwachung stattfindet. Ich habe selber auch schon bemerkt, daß einzelne Fahrzeuge von der Resthofstraße direkt durchgefahren sind. Bedauerlicherweise ist es aus Verkehrsmaßnahmen nicht möglich, weil sonst die Busse dort nicht verkehren könnten, eine stärkere Abgrenzung durchzuführen, aber ich glaube, man sollte ganz bewußt die Exekutive speziell in den ersten Monaten und in der ersten Zeit dort darauf ansetzen, bis die

Leute sich gewöhnt haben und auch wissen, daß man dort so zu fahren und sich so zu verhalten hat. Als Wesentliches möchte ich plädieren, auch an den Herrn Bürgermeister, die Verhandlungen mit den Steyr-Werken ganz intensiv zu betreiben, um eine Grundstückseinlösung zu bekommen, damit diese Stichstraße über das Gelände der Hauptreparatur-Werkstätte gebaut werden kann. Dann ist die Lösung glaube ich für alle befriedigend. Die wollen wir anstreben und dann soll beiden Teilen sowohl den Bewohnern, als auch den dort ansässigen Wirtschaftstreibenden möglichst recht geschehen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Wallner bitte.

GEMEINDERAT ALFRED WALLNER:

Meine Damen und Herren, ich rede jetzt nicht als Wirtschaftsvertreter und auch nicht für eine Partei, sondern ich rede wirklich jetzt als der, der genau mitten drinnen wohnt, genau da drinnen. Ich war ehrlich gesagt sehr für die Schließung, ich habe mir vorgestellt, das wird eine gute Sache. Aber was hat sich bitte ergeben? Wir wissen fast alle, der Verkehr ist bedauerlicherweise hier hereingekommen, hinunter in den Resthof. Die Leute da haben sich Fürchterliches mitgemacht. Das war keine richtige Lösung, das ist überhaupt keine Frage. Es ist dieser Teil auch darangekommen, diejenigen, die in den Hochhäusern wohnen. Besser war es natürlich für die Leute, die in der Puchstraße wohnen, weil der Verkehr in Richtung Linz sich hinten hinuntergezogen hat und das andere hier herunter. Was war nach der Sperre? Ich habe das wirklich beobachtet, da ist nichts mehr gegangen. Da sind erstens die Kunden der Geschäfte im Resthof hier hereingefahren, sind in die Puchstraße ge-

fahren und haben beim Mayrhofer eingekauft. Ich bin tagelang am Balkon gewesen und habe das beobachtet, denn ich sehe dort und da hin. Die Bewohner der Puchstraße sind förmlich erstickt im Verkehr, das muß schon gesagt werden. Man darf eines nicht vergessen, die Ampel schaltet 2 1/2 Minuten lang nicht um. Und so lange der neuralgische Punkt nicht geregelt ist, ist mehr als die Hälfte der Bewohner benachteiligt. Ich sage das noch einmal, sehr benachteiligt, denn die haben die ganze Verkehrsbelastung, weil dort zu ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das eine Lösung ist. Wenn eine Lösung gefunden wird für die Kreuzung, dort staut sich der Verkehr von drei Seiten. Da kommen auch welche vom Hartlauer herüber und dann staut sich alles und die Rauch- und Abgasbelastung ist enorm. Derjenige, der dort wohnt, weiß das ganz genau. Dort ist irrsinnig viel Stau und da haben sie jetzt von der Ennser Straße den Stau und von hinten herüber auch.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Ruhe, wir wollen dem Redner folgen, er ist fertig. Der nächste ist Kollege Enöckl.

GEMEINDERAT FRANZ ENÖCKL:

Meine Damen und Herren, geschätzte Herren Bürgermeister, geschätzte Bewohner aus dem Bereich Tabor!

Ich persönlich bin als betroffener Bewohner natürlich für eine Verkehrsberuhigung in diesem Bereich. Am besten, das gebe ich zu, ist die Sperre der Resthofstraße. Nach einer Diskussion des Themas im Juli 1990 über die Sperre bis zur Kompromißlösung vom 13. 9. mußte man den demokratischen Spielregeln logischerweise auch Zugeständnisse machen. Bei festgefahrenen Standpunkten, wie es bei diesem Thema der Fall ist, kann es logischerweise nur eine - von

mir aus betrachtet - Kompromißlösung geben. Ich selbst bezeichne die aufgebrachte Schikanenlösung, wie sie sich derzeit darbietet, als etwas zu milde. Der Beobachtungszeitraum ist zwar noch relativ kurz, jedoch jene Autofahrer, deren Arbeitsstätten an der Resthofstraße liegen, nehmen einfach diese Schikane in Kauf und befahren diese Straße. So stellt sich mir die Situation dar.

Ich möchte aber nochmals zum Ausgangspunkt der Sperre oder Nicht-Sperre der Resthofstraße zurückkommen. Da sind einerseits die provokanten Aussagen aus dem Bereich der Geschäftswelt, die bis hin zur Existenzgefährdung gereicht haben, aber von mir aus betrachtet sind sie nicht ganz ernst zu nehmen. Dann erfolgte die Ankündigung der Bürgerinitiative, man solle diese Unternehmer boykottieren bis zum Festhalten der totalen Straßensperre. Mit den letztgenannten Aussagen bin ich im übrigen nicht ganz einer Meinung. Andererseits sind Extrempositionen für alle Menschen, egal welcher Gruppe sie sich zugehörig fühlen, im Bereich Tabor - Resthofstraße beim Zusammenleben einfach nicht förderlich. Das beweisen auch nicht gerade freundliche Telefonanrufe bei mir und anderen Kollegen sowie anonyme schriftliche Mitteilungen mit Feststellungen, ich sei ein Judas und anderes mehr. Na gut, das ist natürlich auch für mich ein Schlag unter die Gürtellinie, weil ich mich immer um eine Lösung und um Gespräche mit den Menschen bemüht habe. Es kann sich jeder darauf seinen Reim machen.

Noch dazu hätte jeder die Möglichkeit gehabt, in diesem Zeitraum mir das auch persönlich zu sagen.

Die demokratische Gesellschaftsordnung lebt von Kompromissen, bei denen es logischerweise Zufriedene und Unzufriedene gibt. Heute, nach der 5. Auflage des Themas Verkehrsberuhigung Resthofstraße, sollte man

so fair sein, den vorgegebenen Probezeitraum von zwei Monaten abzuwarten. Gleichzeitig ist, wie bereits mehrmals zugesagt, der Grundkauf an der Ennser Straße von unserem Bürgermeister weiterhin vorrangig zu betreiben. Bei positiven Möglichkeiten ist diese Straße auszubauen. Ebenso ist es meiner Meinung nach auch notwendig, am Ennser Knoten alle Vehemenz einzusetzen, denn auch dieser Knotenbereich ist ein Bestandteil der Wohnqualität am Resthof und ist einfach vorrangig zu betrachten und bei allen politischen Stellen dementsprechend voranzutreiben. Ich ersuche in diesem Zusammenhang auch die Autofahrer, die Verkehrsteilnehmer und Fahrzeuglenker, die Hauptstraßen zu benützen, die Wohngebiete zu meiden und vor allen Dingen auch die vorgegebene Straßenverkehrsordnung endlich zu respektieren und einzuhalten.

Ich ersuche auch in diesem Zusammenhang um eine Überwachung durch die verkehrspolizeilichen Organe an den exponierten Stellen. Letztendlich ist es notwendig, dem vorgesehenen Kompromiß eine Chance zu geben und nach Ablauf der Probefrist nochmals, wie Stadtrat Zagler bereits mehrmals angeführt hat - ich glaube daran, denn wir halten, was wir versprechen - eine endgültige Entscheidung dort im Bereich Tabor - Resthof zu treffen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Persönlich, wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates, wäre auch mir, wie die beiden Vorredner schon betont haben, die Sperre lieber gewesen, insbesondere für die Bewohner in den Zackenbauten und in der Resthofstraße. Denn -

das war auch der Grund der Wortmeldung vom Kollegen Wallner - für die Bewohner in der Ressel- und Puchstraße ist der Verkehr durch diese Sperre eher mehr geworden. Ich verstehe auch, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, das bei der Protestaktion am 1. Oktober herausgekommene Recht auf Lebens- und Wohnqualität. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe auch Verständnis, und ich glaube das müssen wir alle haben, für die Betriebe in der Resthofstraße, für die Arbeitsplätze dieser Betriebe in der Resthofstraße. Ich bin zwar der Meinung, diese plötzliche Sperre hat bei den meisten Betrieben sicherlich zu keiner Existenzgefährdung geführt, aber durch diese plötzliche Sperre haben die Betriebe mit großen Schwierigkeiten zu rechnen gehabt und hatten sie wirklich. Daher ist dieser Probekompromiß - ich bezeichne ihn ausdrücklich als Probekompromiß - wie es auch Kollege Schloßgangl schon betont hat, bei wenig Verständnis von allen Betroffenen sicherlich vertretbar. Der Durchzugsverkehr ist auch, so bin ich der Meinung, durch diesen Kompromiß weniger geworden, weniger geworden durch diese Schwelle, durch diese Rampe mit dem versetzten Fahrbahnbereich und durch diese bauliche Maßnahme in der Resthof-Mannlicherstraße. Hier könnte man - da bin ich anderer Meinung wie Kollege Schloßgangl - trotzdem die baulichen Maßnahmen noch verbessern, daß auch praktisch ein Einbiegen von der Resthofstraße in den Resthof nicht möglich ist. Ich war zufällig vor kurzem genau bei diesem Bereich und da ist ein Bus von der Mannlicherstraße abgebogen in den Resthof und es war noch sehr sehr viel Platz. Man könnte hier sicherlich diese bauliche Maßnahme so verbessern, daß ein Einbiegen von der Resthofstraße geradeaus in den Resthof unmöglich wird.

Dann, wertere Damen und Herren, wertere Kolleginnen und Kollegen, ist wirklich das Durchfahren unattraktiv. Wenn man bedenkt, ich fahre da einmal durch, habe zunächst einmal die Schwelle, dann den versetzten Fahrbahnbereich und muß dann, wenn ich in den Resthof komme, wieder hinausfahren, weil es dann wirklich nicht anders nicht geht, wenn man das verbessert, durch die Mannlicher- in die Ennser Straße. Und dann wieder über den Ampelbereich Ennser- und Siemensstraße in den Resthof hinein. Das mache ich einmal aber sicher kein zweites Mal. Nicht Verständnis habe ich aber, wertere Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, für das Verhalten der Kollegen Eichhübl, Treml und Oskar Holub gerade bei dieser Protestaktion, die in meinen Augen leider mehr aufheizt und die eine sachliche Diskussion durch ihre Wortmeldungen sicher nicht zugelassen haben. Eine sachliche Diskussion war dann leider nur möglich in Einzelgesprächen. Daher von meiner Seite auch ein Ja zu diesem derzeitigen Kompromiß, aber gleichzeitig - ich nenne es nicht eine Bitte - die Forderung, die Verhandlungen, die, wie wir gehört haben vom Kollegen Zagler, bereits aufgenommen wurden bezüglich der Stichstraße, so rasch wie möglich zu beenden. Wenn sich jetzt schon herausstellen sollte, daß die Steyr-Daimler-Puch AG nicht bereit ist, den dafür notwendigen Grund herzugeben, auch ein Enteignungsverfahren sofort ins Auge zu ziehen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist ganz interessant, wenn so manche Gemeinderäte hier an das Pult treten und betuern, daß sie selbst-

verständlich für die Bevölkerung sind, daß sie für die Beruhigung eintreten und alles mögliche. Ich wiederhole es nicht, Sie haben das selbst gehört. Kollege Spöck als letzter redet von einem Probekompromiß. Was das ist, weiß ich überhaupt nicht. Das ist seine Bezeichnung. Ein Kompromiß, der vorgelegen ist, von den Unternehmern beklatscht wurde und von den Betroffenen vehement bekämpft wird. So ist die Tatsache. Ich glaube, daß es sich auch nicht gehandelt hat - wie Du gesagt hast - um eine plötzliche Sperre. Die Unternehmer kamen in große Schwierigkeiten, wörtlich gesagt: dies brachte große Schwierigkeiten. Lieber Kollege Spöck, die Menschen dort, es sind einige hundert oder 1.500, die sind seit Jahren durch Abgase und Lärm belastet. Das ist keine plötzliche Sache und keine Parteipolitik. Du sitzt nämlich auch schon länger hier im Gemeinderat. Ich habe bereits 1985 mittels Brief an den gemeinderätlichen Verkehrsausschuß der Stadt Steyr das Problem aufgezeigt. Nicht als Treml oder Kommunist, sondern aufgrund der Lärm- und Abgasprobleme in diesem Stadtteil. Es war gerade Dein Vizebürgermeister Holub, der mich in dieser Frage unterstützt hat und er war es auch, der mitgeholfen hat, daß wir den Schwer-Lkw-Verkehr herausgenommen haben, daß wir zusätzliche Tafeln angebracht haben aufgrund des Staus "Motor abstellen". Das war seine Idee, das war nicht die Idee von mir. Daher war es nicht plötzlich für die Unternehmer, das möchte ich ganz deutlich sagen. Wenn ich etwas in Rage komme, müßt Ihr das entschuldigen, das ist normal nicht meine Art, das hat mich aber ein wenig aufgeregt.

Zu Kollegen Zagler. Er spricht auch davon, in erster Linie sieht er die Gewerbebetriebe, daß sie Umsatzrückgänge befürchten oder zumindest, daß sie zum Ausdruck gebracht haben, daß sie in erster Linie solche

verzeichnen werden.

Ich möchte Kollegen Zagler, der für dieses Referat zuständig ist, fragen und vielleicht kann er uns heute sagen, wieviele Gewerbe- und Industriebetriebe tatsächlich davon betroffen sind? Nach meiner Auffassung - ich bin nicht der städtische Referent dafür - kann ich nur sagen, daß ich immer für eine Versachlichung war und nicht damit Parteipolitik mache. Weder vor den Wahlen noch nach den Wahlen. Ich habe auch dort vor den versammelten Betroffenen gesprochen. Wir werden dieses Problem nicht vor den Nationalratswahlen behandeln, sondern werden hier im Gemeinderat am 18. Oktober darüber sprechen. So ist es auch geschehen. Eine Versachlichung brauche ich daher in diesem Rahmen nicht unterstreichen. Ich möchte nur nach meiner Auffassung sagen, diese Zahlen, die Du genannt hast, auch vor den versammelten 300 Personen - im Fernsehen wurde gesagt es waren 100, so ist halt die Berichterstattung in unserem Land, so objektiv - habe ich darauf hingewiesen, daß es sich hier darum handelt, daß ein Verkehrs-experte, der unser Verkehrskonzept entwickelt, und Erhebungen gepflogen hat in dieser Stadt. Wenn man sich die Ausstellung genau betrachtet hat von den Erhebungen - es gibt ja noch keine Maßnahmen - so heißt es dort ausdrücklich, daß unter anderem gerade diese Frage, die die Bewohner und ich hier vertreten haben, ein Wunsch der Bevölkerung ist und nicht einer Partei. Gleichzeitig stellt er in diesen Erhebungen fest - er nennt das eine Knotenstrombelastung - und zwar am 29. März wurde dort erhoben, daß diese Lärmbelästigung dort derart groß ist, daß neben der Ennser Straße dies der zweite Punkt in diesem Bereich ist. Das sagt er, nicht der Tremel.

Zu den Unternehmern zurück. Ich glaube, jedem ist bekannt und die

Vertreter der Wirtschaft wissen das, es hat massive - ich sage nicht, was alles passiert ist - Proteste gegeben von einigen Gewerbebetrieben und einem Industriebetrieb. Der größte oder von mir aus der betroffenste Betrieb ist die Firma Eckelt. Die hat aufgrund des Geschäftsführers klar und deutlich gesagt, sie haben sich damit abgefunden ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bei wem haben Sie das gesagt bitte? Zu uns nicht, ich weiß das nicht.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Öffentlich, ich habe das schon in der letzten Aktuellen Stunde gesagt. Ich will nicht unterstellen, daß das von Dir unter die Decke gegangen ist, sondern ich habe damals erklärt, ich bin in diese Sitzung gegangen und es ist meine Gepflogenheit, bevor ich von Linz komme, daß ich in der Steyrer Zeitung noch kurz nachschaue, ob etwas Neues drinnen ist über unsere Stadt, wo ich reagieren kann. Das habe ich da auch gemacht. Der Vertreter der Steyrer Zeitung sitzt ja hier und kann das bestätigen, daß er diese Äußerungen gemacht hat, sonst hätte er sie widerrufen. Wenn ich mit Bild in der Steyrer Zeitung bin mit einer falschen Erklärung, noch dazu mit einer so gravierenden Erklärung, so hätte er das widerrufen. Also, die entscheidende Firma sagt, wir sind mehr oder weniger mit der Sperre, das heißt mit der Untersagung des Durchzugsverkehrs, einverstanden.

Die Fa. Nemetschek, so wurde mir berichtet, hat sich nie angeschlossen, auch nicht bei ihren Wirtschaftsvertretern. Die Fa. Stummer hat sich entschieden dafür ausgesprochen und hat einen Umsatzrückgang befürchtet. Es hat ein Gespräch hier im Rathaus gegeben unter Leitung unseres Vizebürgermeisters Leithenmayr, der diese Aussprache korrekt geführt hat

und sich sehr bemüht hat in zwei Aussprachen. Der Herr Stummer hat sich als Betroffener zu Wort gemeldet. Nach diesem Zusammentreffen mit den Unternehmern habe ich mit ihm ein Gespräch geführt, daß offenbar nicht ganz klar ist, daß durch das Öffnen der Resthofstraße und der beschlossenen Maßnahmen des Verkehrsausschusses er als kleiner Reifenhändler eigentlich sich abkapselt, wenn er dafür eintritt, vom ganzen Wohngebiet Resthof. Seine Kunden müssen dann über die Ennser- und Mannlicher Straße zu ihm fahren. Ich glaube, daß auch diese Annoncen im Korrekt und im Steyrer Amtsblatt doch zu dem Ergebnis führen, daß er mehr propagiert, jetzt ist sie ja offen, gerade jetzt ist sie aufgemacht worden, daß er jetzt propagiert, von der Ennser Straße über die Mannlicherstraße zu seinem Betrieb zu fahren. Die Fa. Buric - ich habe das im Verkehrsausschuß schon deutlich unterstrichen, daß manche Informationen, die hereingekommen sind, nicht dem Gremium mitgeteilt wurden - hat Einwand erhoben, daß sie sich durch die Sperre geschädigt fühlt, weil zwischen der Firma und ihrem Lagerplatz, der sich auf der Gstettner am Rande der Siedlung befindet, die Straße gesperrt ist, obwohl sie eine Ausnahmegenehmigung hat und das mit vollem Recht. Daher habe ich unterstrichen, es müssen die Maßnahmen so gesetzt werden, daß sie die Möglichkeit haben. Uns wurde gesagt, daß die Firma Buric über einen Rechtsanwalt klagen will, da sie aufgrund der Sperre Geschäftseinbußen hat und wir als Stadt mit einer Klage auf Schadenersatz rechnen müssen. Ich habe mir die Mühe gemacht und habe mir den Akt angesehen. Der Rechtsanwalt der Fa. Buric stellt an die Stadt ausdrücklich fest, daß sie eine Ausnahmegenehmigung der OÖ. Landesregierung für ein Staplerfahrzeug haben zum Be-

fahren der Resthofstraße. Aber von einem Schadenersatz schreibt dieser Rechtsanwalt gar nichts, sondern es heißt, der Rechtsanwalt der Fa. Buric stellt den Antrag, die Sperre so auszuführen, daß auch über die Sperre der Resthofstraße hinweg die Firma ihren Lagerplatz mit Staplerfahrzeugen und Kleinlastwagen benutzen kann. Das ist Tatsache. Mit dieser Regelung, die ich hier im Antrag begründet habe, ist eindeutig festgestellt, daß auch unter den Betroffenen die Fa. Buric herausfällt. Es bleiben meines Wissens nur mehr die Tischlerei Hackl, die unmittelbar im Kreuzungsbereich Resselstraße - Mannlicherstraße situiert ist. Dann bleiben noch die betroffene Firma Forstinger und die Firma Bichler, die aber wenig Kundendienst hat, weil es ein größeres Unternehmen ist. Natürlich, der Hauptsprecher und Initiator ist der Herr Mayr mit seinem Bierstüberl. Ich glaube, daß auch das Bierstüberl mit dieser Regelung, die wir hier vorschlagen, erreichbar ist von der Mannlicherstraße. Man kann auch zu Fuß gehen und bekommt dann keine Probleme nach dem Alkoholkonsum mit der Polizei. Auch hier tritt keine Schädigung ein. Diese Interessen, die hier geblieben sind - vielleicht kann ein Kollege auftreten und sagen, du hast ja noch 5 oder 10 vergessen, das soll er mir dann sagen. Ich weiß nicht mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Die zweite Wortmeldung von Kollegen Oskar Holub, bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich möchte nur noch ein Kurzstatement abgeben. Eines verstehe ich nicht, es handelt sich hier um einen Stadtteil, der wird geplagt von Lärm und Abgasen. Dann kommt es zu einer positiven Lösung für die Bevölke-

rung, es gibt Dankschreiben an den Bürgermeister. Dann kommen Unternehmen, einige wenige, befürchten eventuelle Umsatzeinbußen - wie gesagt befürchten, überhaupt nicht bewiesen - und es fallen zwei Fraktionen um und es wird eine Lösung gegen die Bevölkerung getroffen. Mir ist schon klar, daß ein Verkehrsstadtrat es sehr schwer hat, nicht nur in Steyr. Insofern ist es auch legitim, einmal Salzburg zu erwähnen. Es war einmal eine positive Lösung und eine solche ist relativ selten, daß in Steyr so schnell etwas erledigt werden kann, worüber sich die Bevölkerung freut. Dann gibt es Dankschreiben. Z. B. in St. Anna war es vergleichsweise schwieriger und auch dort ist es zu einer Lösung gekommen. Ich verstehe nicht, warum ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Seit dort wieder offen ist, sind die Leute alle begeistert.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich glaube, daß dort ein Kompromiß erzielt worden ist, unter Einverständnis aller Bevölkerungskreise eine Lösung getroffen worden ist, die erst umgesetzt wird. Wie das dann ausschaut, wird man sehen. Ich glaube auf jeden Fall, daß dort eine sehr positive Lösung getroffen wird und ich habe von vielen Leuten gehört, jetzt können sie endlich einmal schlafen. Ich glaube, das ist nicht etwas aus dem Bauch heraus, sondern das ist etwas, was die Leute sehr betrifft in ihrem Schlaf. Die sind in der Früh besser aufgelegt, nicht so müde usw. Das sollte man, wenn das wirklich hunderte Personen sind, die davon betroffen sind, wirklich darüberstellen, als daß einige wenige Unternehmer irgend etwas befürchten. Das ist mein kurzes Statement.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN

LEITHENMAYR:

Gibt es noch Wortmeldungen dazu? Kollege Eichhübl zweiter Durchgang. The show must go on.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin eigentlich froh, daß Kollege Zagler, der der zuständige Stadtrat für das Verkehrswesen ist, nach seinem Ausflug nach Salzburg wieder zurückgekehrt ist zu den Problemen, die sich im besonderen im Steyrer Stadtteil Tabor abgespielt haben. Sonst hat er eigentlich nicht sehr befriedigende Äußerungen von sich gegeben, auf die ich jetzt gar nicht näher eingehen möchte. Ich möchte aber meine zweite Wortmeldung dazu benützen, um ein Mißverständnis aufzuklären, meine Damen und Herren. Kollege Spöck, den ich an sich sehr schätze, hat gemeint, daß auch der freiheitliche Gemeinderat Eichhübl bei der dortigen Veranstaltung dazu beigetragen hat, daß die Emotionen entsprechend hochgeschwappt sind. Das ist sicherlich nicht der Fall, meine Damen und Herren, sondern ich darf schon darauf verweisen, daß ich bereits damals in der Verkehrsausschußsitzung des Gemeinderates sehr deutlich die Vorgangsweise kritisiert habe, die zur Aufhebung der Resthofstraßensperre geführt hat. So kann es ja wirklich nicht sein, meine Damen und Herren, daß man vorerst einstimmig die Meinung vertritt, daß hier einem Teil unserer Bevölkerung geholfen werden soll, weil sie unter entsprechend schlimmen Verkehrsvoraussetzungen leben muß, nicht schlafen kann und was alles damit an Unannehmlichkeiten verbunden ist. Dann plötzlich gilt diese Meinung überhaupt nichts mehr. So kann es wirklich nicht sein. Diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, verurteile ich nochmals, weil sie mit einigen unschönen Aktio-

nen verbunden war. Nicht zuletzt deshalb, weil ich nach wie vor die Auffassung vertrete, daß zurecht die Bürger demonstriert haben, nicht nur damals auf der Promenade, sondern auch vor Ort. Da hat es ja auch etwas sehr Interessantes gegeben. Die Bürger haben dort geplant gehabt, einen Baum zu setzen. Was ist dann passiert? Dort ist plötzlich asphaltiert worden, der Asphalt war noch warm, als wir hingekommen sind. Das ist auch eine Aktion, die irgendwo am Demokratieverständnis vorbeiführt und eigentlich signifikant ist für die ganze Vorgangsweise. Daher nochmals, meine Damen und Herren, ich werde mich nicht im Interesse der freiheitlichen Partei für diese Bürger einsetzen, um Stimmenfang zu betreiben. Die Wahlen sind ja schon vorbei, wir haben zwar noch Gemeinderatswahlen, das ist richtig. Aber mir geht es um das Anliegen der Bürger, die hier gerechtfertigt und rechtlich vertreten werden müssen. Das sehe ich als meine Aufgabe an.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Es hat sich gemeldet Kollege Stadtrat Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den Ausführungen des Kollegen Treml muß ich schon Stellung nehmen, weil er die Wirtschaft so vehement angegriffen hat. Eigentlich unqualifiziert, das muß man schon sagen, denn Du tust so, wie es Dir paßt. Weil Du aufgrund der ganzen Ideologie nichts mehr zu erwarten hast, vertrittst Du plötzlich 1.500 Mieter und bist der Anwalt für diese.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das brauche ich nicht, ich bin kein Anwalt.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Als solcher bezeichnest Du Dich aber. Du sagst, Du gehst nicht auf Stimmenfang, das ist eine reine Unterstellung, das möchte ich ganz klarstellen. Du warst der, der das ganze angeheizt hast und nicht zu einer Versachlichung beiträgst. Ich möchte nur sagen, wieviele Firmen sich dort wirklich dagegen ausgesprochen haben. Da ist ein Schreiben vom 9. Juli 1990 an den Magistrat, den Herrn Vizebürgermeister - der Herr Bürgermeister war damals auf Urlaub - an Stadtrat Zagler, an den Herrn Gemeinderat Rohrauer und an meine Wenigkeit. Es waren die Firmen Mayr, Wallerberger, die irgendwo in Personalunion ist, die Firma Forstinger, das Marcus-Stüberl, der Riesner, Geräteverleih Heiß, Fa. Bichler, Hafner-Pührer, Nemetschek, Buric, Stummer, Renöckl, Identity, Bäckerei Rieß, Regele, Rauch, Mösengruber, Brüder Eckelt, Ploberger, die Fa. Eckelt - die hat das bis heute nicht widerrufen. Ing. Manfred Indrich, technischer Assistent der Geschäftsleitung, hat auch in jedem Gespräch verlangt, daß die Straße wieder geöffnet wird. So, wie Du das darstellst, ist das sicher nicht. Ich möchte noch eines dazusagen. Man tut hier so, als ob es zweierlei Klassen von Menschen gäbe. Auf der einen Seite die Bewohner und auf der anderen Seite nur die Geschäftsleute, die bösen. Ich glaube, wenn wir so überlegen und diskutieren, dann werden wir sicher zu keinem Ergebnis kommen. Tatsache ist eines, daß alle bemüht sind, eine vernünftige Lösung zu finden. Dieser Kompromiß, der jetzt beschlossen wurde, soll in Kraft bleiben, und es sollen im Beobachtungszeitraum die Erfahrungen gesammelt werden. Dann wird man weitersehen. Ich habe schon einmal gesagt, die Lösung ist letztendlich nur die Stichstraße. Das sollte man objektiv und nicht so subjektiv wie

Kollege Tremel behandeln.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kollege Schloßgangl, weißt Du überhaupt, daß der vorgetragene Kompromißvorschlag gar nicht realisiert wurde, weil das nicht möglich ist in der Mannlicherstraße? Das weißt Du gar nicht. Wenn man heute....

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Man meldet sich zu Wort, Herr Kollege Tremel. Zwischenrufe sind teilweise erlaubt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

So geht es aber nicht mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber so geht es nicht. Kollege Holub hat sich gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das ist jetzt Holub die dritte, zwei waren schon.

Ich glaube, man sollte wirklich versachlichen, man sollte von der Justament-Diskussion herunterkommen. Es hat überhaupt keinen Sinn, wenn man sich vorrechnet, dort sind jetzt so und so viele Belastungen, das weiß jeder, das bestreitet ohnehin niemand. So dumm ist doch in dieser Gemeinde-stube niemand, daß er nicht anerkennt, daß in der Resthofstraße eine sehr starke Verkehrsbelastung ist. So dumm ist doch niemand, daß er nicht zugibt, daß auch in der Porschestraße die Verkehrsbelastung durch den Durchzugsverkehr, insbesondere vom Resthof her, außerordentlich groß war. Aber es sollte auch niemand so dumm sein zu sagen, daß man Fehler, die vor 20 oder 30 Jahren in der Stadtplanung gemacht wurden, durch einen einfachen Beschluß beheben kann. Das ist meine zweite Forderung,

bei Auseinandersetzungen zunächst einmal zu fragen, was passiert und warum passiert es. Passiert ist es, weil die Stadtentwicklung an einer städteplanerischen Philosophie, Irrphilosophie, sich jedenfalls dort auf eine Art entwickelt hat, die in das heutige Lebensgefühl überhaupt nicht hineinpaßt. Die Situation ist aber die, daß die Raumaufzoning am Tabor oben nun einmal so steht und liegt wie sie ist. Also bleibt nichts anderes übrig, als mit den Gegebenheiten fertig zu werden. Sehr unangenehm für die Menschen, die dort wohnen, anerkannt. Sehr unangenehm aber auch für die Betriebe, die dort sind. Wir kennen doch alle Unternehmer, die dort sind, sie sind doch auch keine Menschenfresser. Die speisen auch nicht jeden Tag kleine Kinder zum Frühstück, wie das dargestellt wird. Die haben doch auch nicht vor, die Menschen zu vergiften, die haben doch auch nicht vor, die Menschen durch Lärm zu quälen. Wir müssen wirklich versuchen, im Miteinander mit der Situation fertig zu werden. Und wir müssen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auffordern, die Verkehrsvorschriften einzuhalten. Wenn wir nicht selber in der Lage sind als Bürgerinnen und Bürger, Disziplin zu halten, dann weiß ich nicht, was kann man noch tun, als Verkehrsvorschriften zu erlassen. Wenn sie nicht befolgt werden, müßte man eigentlich die deutliche Forderung stellen, wir haben auch Polizei zum Kontrollieren. Diese Forderung stelle ich daher ganz deutlich. Meiner Meinung nach hat der Gemeinderat der Stadt Steyr massiv an die Polizei heranzutreten und hat denen massiv zu erklären, daß sie dort die Verkehrsleiteinrichtungen zu kontrollieren haben. Sie sind dazu da.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bereits geschehen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wenn sie Strafen einheben, dann bekommen sie sogar noch ein gewisses Honorar für diese Tätigkeit. Wenn es dann wieder heißt, Steyr ist eine Polizeistadt, in der nur gestraft wird, dann verstehe ich die Welt überhaupt nicht mehr.

Ich glaube, diesen Kompromiß wird man schon durch Kontrolle durchsetzen können. Eines noch. Oskar Holub hat richtig kritisiert das Stadtentwicklungskonzept, daß es noch fehlt. Überhaupt keine Meinungsverschiedenheit. Seit 17 Jahren gehöre ich diesem Gemeinderat an und versuche seit 17 Jahren, das auch aufzuzeigen. Da werden wir sicher eine gemeinsame Plattform haben mit dieser Forderung, weil ich gar nicht einsehe, daß das eine parteipolitische Auseinandersetzung ist, sondern wirklich nur eine Frage der Qualität des Denkens. Daß man....

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Vranitzky!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Daß man Standards erarbeiten muß, nach denen sich Städte entwickeln, daß man Konzeptionen haben muß, nach denen sich Städte geplant entwickeln können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Das gefällt mir.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Und daß nicht die Stadtplanung eine im nachhinein Dokumentation des Passierten in der Stadt ist. Das muß die erklärte Zielsetzung sein und ich glaube, darüber sind sich alle Fraktionen einig. Das wird auch nicht der

kolossale Konflikt werden. Man wird vielleicht unterschiedliche Meinungen haben können über die Entwicklungsmöglichkeiten. Aber eines wird man sicher nicht bei allen diesen Stadtentwicklungsaspekten in Absicht haben können, nämlich die reine Schlafstadt Steyr. Schlafe in Steyr und arbeite wo Du willst. Das glaube ich, das wäre wirklich eine Fehlentwicklung. Wir werden aber danach trachten müssen, daß in den Gegenden, wo Menschen wohnen, leben und schlafen müssen, weil sie dort ihre Wohnungen haben und wollen, weil sie es dort gewohnt sind, daß dort Betriebe sind, die mit ihren Emissionen nicht zum Nachteil der Wohnbevölkerung sind. Zu den Emissionen gehört natürlich auch der Fahrzeugverkehr, aber es kann nicht so sein, daß man den Fahrzeugverkehr zu allen Betrieben unterbindet. Das kann nicht so sein. Daß die Wirtschaft kooperativ ist, beweist sie. Im Gegensatz zum Otto Tremel sehe ich das anders, wenn Unternehmen jetzt inserieren, fährt zu uns über die Mannlicherstraße, so unterstützen sie die Bemühungen zur Verkehrsentlastung der Resthofstraße. Das finde ich positiv und da finde ich, daß die Unternehmer tatsächlich ihr Versprechen wahrgemacht haben, daß sie hier aktiv mit teilnehmen wollen, aktiv mit an der Meinungsbildung teilnehmen wollen, daß die Bürgerinnen und Bürger aufmerksam gemacht werden, ihr müßt nicht durch diese belastete Gegend mit Gewalt durchfahren. Wir zeigen euch die anderen Möglichkeiten. Darum gehen wir doch den Weg des Kompromisses gemeinsam und steigen wir herunter von dem Kollisionsbaum, auf den wir hinaufgekommen sind. Wenn nämlich nicht die Konfrontationen so hochgeschaukelt worden wären, dann hätten wir eine Lösung wie in St. Anna, wo auch Emotionen sehr hochgegangen sind, aber in einer sachlichen Diskussion dann zu

einer Lösung geführt werden konnten.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung?
Kollege Wallner bitte.

GEMEINDERAT ALFRED WALLNER:
Sehr geehrte Damen und Herren, ich
muß schon zu Treml und Genossen
noch etwas sagen. Die kommen mir
jetzt wirklich vor, wie die HL. Drei Kö-
nige, weil sie dann wie beim Floriani-
prinzip "verschone mein Haus oder
meine Straße und zünde andere an".
Es geht nicht um die Geschäftsleute
allein. Aber wenn man sich das
anschaut, dann waren die am
schwersten Betroffenen von dieser
Lösung die Bewohner. Der ganze
Mist, der da ist, ist weitergegeben
worden und da muß eine generelle
Lösung kommen. Die Leute dort vorne
können ja nicht mehr schlafen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Nachdem keine weitere Wortmeldung
mehr vorliegt, erteile ich dem Bürger-
meister das Wort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Ge-
meinderates, zunächst möchte ich sa-
gen, daß ich sehr froh bin, daß ich in
einer Demokratie lebe, wenn es auch
manchesmal ein wenig schwierig und
mühsam ist. Ich habe mir noch nie
gewünscht, mein ganzes Leben noch
nie gewünscht, in einer Diktatur zu le-
ben, noch nie. Ich finde es sonderbar,
daß gerade ein Vertreter einer Partei
hier sich zum Sprecher aufspielt, der
nie ein Wort der Kritik über unsere
östlichen und nördlichen Nachbarlän-
der gefunden hat. Das ist absonder-
lich und eigentümlich und in Wirklich-
keit schizopren. Das möchte ich sehr
deutlich sagen. Ich spreche dieses
Recht Dir hier ab, Otto, das sage ich

ganz offen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Aber Ihr wart mit denen befreundet!

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Wir waren befreundet mit denen, aber
Du hast sie nie kritisiert. Wir sind im-
mer aufgetreten dagegen, das möchte
ich sehr klar und deutlich sagen. Ich
finde, daß wir uns bemühen sollten.....

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Das ist doch kein Argument, Herr Bür-
germeister, das machst Du jedesmal.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Du bist auch ein wenig emotionell
geworden, ich bitte um Entschuldig-
ung, das ist so.

Die Interessensabwägung ist einfach
notwendig in einem solchen Fall. Das
ist doch nicht zufällig zustande ge-
kommen, daß das diskutiert wird.
Diese Schließung dieser Resthofge-
biete und die Verkehrssperre ist zu-
standgekommen und aufgrund dieser
Sperre hat sich auf einmal eine an-
dere Gruppe - ich sage gar nicht die
Geschäftsleute, ich sage Dir, Otto, daß
sehr viele Arbeiter der Betriebe bei
mir waren, die jetzt nicht um 300, son-
dern um 500 oder 600 Meter weiter
fahren. Das ist auch eine Umweltbe-
lastung, die dabei auftritt. Wir bemü-
hen uns, wenn ich eine Verkehrsver-
ringerung in einem bestimmten Gebiet
mache, muß ich damit rechnen bitte
sehr. Der Verkehr wird deswegen
nicht weniger, diesen Erfahrungswert
haben wir. So weit sind wir noch nicht.
Wir wären dafür, daß wir das zusam-
menbringen, daß mehr den öffentli-
chen Verkehr benützen. Aber diese
Erfahrungswerte haben wir noch nicht
gewinnen können, weil die Menschen
noch nicht bereit sind, diesen Umstieg
zu wählen. Vielleicht müssen wir un-
sere Einrichtungen attraktiver ma-

chen. Wenn ich den Verkehr von einem Gebiet wegnehme, verlegt er sich automatisch woanders hin. Bitte sehr, wir sind Funktionäre für alle Steyrer und wir müssen auch die, die damit zusätzlich belastet werden, berücksichtigen. So geht es ja nicht in einer Demokratie. Wenn ich die Ellenbogen ausstrecke und ich stehe irgendwo an, dann tauche ich noch an, daß es noch weitergeht, so geht es wirklich nicht. Ich muß dann die Ellenbogen wieder zurückziehen, damit der andere auch Platz hat. So ist die Situation in einer Demokratie, so stelle ich mir das vor, daß jeder ein wenig Verständnis hat und dann kommt etwas Vernünftiges heraus. Ich glaube, man muß auch die, die in der Ennser Straße wohnen, berücksichtigen. Und die, die Kollege Wallner angeführt hat, die kann man auch nicht vergessen. Mir sind sie nicht egal, wenn sie Dir, Otto, egal sind, dann ist das Deine Sache. Ich sage das nur. Mir sind sie nicht egal, mir ist jeder Steyrer gleich lieb und gleich wert und ich habe mich für jeden einzusetzen und habe das zu tun. Derzeit ist die Situation so, daß da sehr stark die Justamentstandpunkte mitspielen. Ich glaube, man sollte sich bemühen, davon abzugehen. Diese Justamentstandpunkte sind nicht gut. Es hat keinen Sinn zu sagen, kompromißlos, da gibt es nichts. Da erreicht man nichts, damit erschweren wir uns das Leben selber und auch den anderen. Das ist meine Meinung. Wenn man sich bemüht, Probleme zu lösen, muß man auch bereit sein, dort und da ein wenig herunterzusteigen. Eines darf ich auch noch sagen, Kollege Eichhübl, wenn Du sagst, daß jemand unter Druck gesetzt wurde, weil er oder weil er nicht die Unterschrift geleistet hat. So etwas in den Raum zu stellen ohne konkret zu sagen, wie, was und wo, das ist sehr gefährlich. Ich verwahre mich dage-

gen. Wenn ich so etwas erfahren sollte - ganz gleich von welcher Seite - dann spreche ich mich dagegen aus, ich muß aber wissen, wer das ist.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich spreche mich auch dagegen aus und deshalb habe ich das auch heute bekanntgegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bitte, dann sage auch die Namen, wer hat wen unter Druck gesetzt und wie war das. So geht das nicht, das so hereinzuwerfen, da sind welche unter Druck gesetzt worden. Das wird von mir persönlich verfolgt. Wenn Du die Namen sagst, dann haben diejenigen die Konsequenzen zu ziehen. Das erkläre ich hier. Aber bitte die Namen, eine Firma oder eine Person oder wie Du willst. Aber das einfach zu sagen, da ist jemand unter Druck gesetzt worden, das ist doch keine Diskussion. Das ist ein ausgesprochener Blödsinn.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das ist schon ein Diskussionsbeitrag, weil das nämlich tatsächlich so passiert ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dann beweise es bitte sehr und sage das an diesem Pult oder gib mir das schriftlich, das möchte ich sehen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Aber ich darf als Gemeinderat das weitergeben, was mir berichtet wurde im Zusammenhang damit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Namen und nicht Vermutungen oder Gerüchte sagen. Das ist das Entscheidende, das möchte ich wissen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Über diese Aussagen bin ich sehr enttäuscht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich war enttäuscht über deine Aussagen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das ist sehr polemisch.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte sagen, daß diese ursprüngliche Regelung eben dann in Diskussion gekommen ist, wie diese zweite Gruppe - das waren nicht nur die Betriebe, sondern auch die Beschäftigten - sich in ihrem Lebensbereich eingeengt gefühlt hat. Da hat man versucht, eine Lösung - das ist diskutiert worden im Verkehrsausschuß - zu finden, die natürlich die Bewohner des Resthofes nicht unwesentlich getroffen hat. Das sehe ich vollkommen ein, das ist keine Frage. Aber ich kann nicht diese zweite Gruppe gänzlich negieren und sagen, das gibt es nicht, das ist mir egal, Hauptsache ist, daß, wo ich bin, es so ist, wie ich es mir vorstelle. Wie es den anderen geht, ist uninteressant. So kommen wir nicht weiter.

Im übrigen glaube ich, daß der Antrag, den ich dann noch einmal verlesen werde, zur Unzeit eingebracht worden ist, weil in einer Zeit, in der zugesichert ist, grundsätzliche Untersuchungen zu machen, Zählungen und Untersuchungen, wie sich diese provisorische Regelung jetzt bewährt oder nicht bewährt, das ist meines Erachtens nach nicht sehr sinnvoll. Man sollte diese Ergebnisse abwarten und aufgrund dieser die neuen Regelungen neuerlich behandeln und auch die entsprechenden Beschlüsse dann fassen. Was herauskommt, das kann ich noch nicht sagen, ich kenne die Zählergebnisse nicht und auch nicht die Erfahrungswerte, die

aufgrund dieser neuen Regelung vorliegen.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, daß es notwendig ist - ich unterstütze alle, die das hier gefordert haben - wir haben bereits ein Angebot der Steyr-Daimler-Puch AG, allerdings über einen Teilbereich oder über den gesamten Bereich. Aber die grundsätzliche Zusicherung haben wir, daß wir über diese Straßenverbindung verhandeln können, sie liegt vor und ich glaube, wir sollten mit allem Nachdruck diese Verbindung zwischen der Ennser Straße und der Resthofstraße durch das jetzige Gebiet der Steyr-Werke herstellen. Das ist meines Erachtens nach das allerwichtigste. Dann ist diese ganze Problematik für die gesamte Bevölkerung erledigt. So hoffe ich jedenfalls. Ich darf sagen, wenn wir uns gemeinsam einsetzen, müßte das gelingen und es müßte rasch gelingen. Das ist unser Bestreben, das darf ich zusichern, wir haben wirklich kein Interesse, daß wir irgend eine Gruppe der Bevölkerung benachteiligen. Wir sind wirklich für alle da und müssen uns bemühen, die Probleme, die heranstehen, einer vernünftigen Lösung zuzuführen. Es gibt deren ja genug.

Ich bitte um Verständnis dafür. Abschließend darf ich den Antrag der Kollegen Treml, Eichhübl und Oskar Holub noch einmal zur Verlesung bringen.

Nach § 5 Abs. 1 lit. c der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das ein Antrag zur Sache:

5 a) Präz 824/90

Verkehrsregelung Resthof -
Tabor.

"Der Gemeinderat möge beschließen, daß durch die nachstehend vorgeschlagene Verkehrsregelung die Abgas- und Lärmbelästigung der Bewohner in der Puchstraße, Porschestraße, Resselstraße und Resthofstraße gemildert wird. Die Zu- und

Abfahrt zur Resthofstraße erfolgt über die Mannlicherstraße. Die Resthofstraße ab Kreuzung Mannlicherstraße - Resthofstraße bis zur Zufahrt Fa. Eckelt wird zur Sackgasse erklärt. In der Gegenrichtung im Kreuzungsbereich Resselstraße - Resthofstraße ist das Verkehrszeichen "Allgemeines Fahrverbot mit Zusatztafel Zufahrt für Anrainer bis 85 m nach Kreuzung Röhrholtweg gestattet" anzubringen. Durch diese vorgeschlagene Verkehrsmaßnahme für den Fahrzeugverkehr würde auch der ständige Verkehrsstau im Wohngebiet Tabor bei der Einbindung der Ressel- in die Ennser Straße zum Taborknoten, Blümelhuberberg verhindert und die Umweltbelastung durch Motorlärm und Abgase gemildert."

Hier habe ich allerdings auch schon wieder Vorschläge, daß die Phase für die Ausfahrt zu lange ist. Das sind auch Dinge, die man in diesem Zusammenhang im Verkehrsausschuß zu prüfen hat. Die stehen verhältnismäßig lange dort und manchesmal muß man zwei Phasen warten. Das ist mir schon zugetragen worden.

Die entsprechenden Unterschriften sind vorhanden. Ich schlage vor, diesen Antrag abzulehnen, und zwar aufgrund der Argumente, die ich gesagt habe, weil die Verhandlungen aufgrund der Ergebnisse, Zählergebnisse, erst konkretisiert werden können, wenn diese Unterlagen vorhanden sind. Das ist mein Vorschlag zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Gemeinderäte Tremel, Eichhübl und Oskar Holub ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben? Wer gegen diesen Antrag ist, möge das auch mit einem Handzeichen bekunden? Danke sehr. Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag

ist abgelehnt. 29 Gegenstimmen (20 SPÖ, 9 ÖVP).

Ich unterbreche die Sitzung für 10 Minuten. (Pause 16 bis 16.10 Uhr)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die Unterbrechung ist beendet. Kollege Leithenmayr ist am Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge vorzutragen. Der erste beschäftigt sich mit der Genehmigung von Kreditüberschreitungen für das Finanzjahr 1990.

6) Ha-6536/90

Mag. Abt. VI, Genehmigung von Kreditüberschreitungen für das Finanzjahr 1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 1. 10. 1990 werden im Zusammenhang mit der weiteren Durchführung von Instandhaltungs- bzw. Reparaturarbeiten bei Amtsgebäuden, Volksschulen, Hauptschulen sowie von Fahrzeugen der Feuerwehr Kreditüberschreitungen bei folgenden Voranschlagsstellen in den nachstehenden Höhen bewilligt:

- | | |
|----------------|-----------------|
| 1. VA-Stelle | 1/0290/614000.3 |
| (Amtsgebäude) | S 500.000,-- |
| 2. VA-Stelle | 1/2110/614000.1 |
| (Volksschulen) | S 500.000,-- |
| 3. VA-Stelle | 1/2120/614000.0 |
| (Hauptschulen) | S 600.000,-- |
| 4. VA-Stelle | 1/1630/617000.6 |
| (Feuerwehr) | S 100.000,-- |

Die Deckung der genannten Kreditüberschreitungen hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses

ses ermächtigt.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH
SCHWARZ:

Wortmeldungen zu diesem Antrag liegen nicht vor. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Der zweite Antrag beschäftigt sich mit der Verleihung von Sportehrenzeichen an Sportler und Funktionäre im Rahmen der vom Gemeinderat beschlossenen Richtlinien. Diese Verleihung soll aufgrund der Prüfung und Empfehlung des Stadtsportausschusses erfolgen. Diese Ehrung bekommen Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes außerordentliche Leistungen erbracht haben. Diesen wird als Anerkennung das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr verliehen.

2) Sport-1381/90

Verleihung des Sportehren-
zeichens der Stadt Steyr an
Sportler und Funktionäre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes außerordentliche Leistungen erbracht haben, wird als Anerkennung das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr verliehen.

Sportehrenzeichen für Sportler:

In BRONZE gem. III/3 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie einmal eine österreichische Meisterschaft gewon-

nen haben).

LANGBAUER CHRISTINE, Jahrgang 1960, Mitglied der Kultur- und Sportgemeinschaft der GFM Steyr. Sie wurde 1990 Staats-Paar-Meisterin im Sportkegeln. Überdies wurde sie in der Mannschaft Bundesländer-Pokalsiegerin von Österreich.

MACH INGRID, Jahrgang 1967, Mitglied der Kultur- und Sportgemeinschaft der GFM Steyr. Sie wurde 1990 Staats-Paar-Meisterin im Sportkegeln, überdies wurde sie 1989 Landes-Paar-Meisterin und ist 3fache Stadtmeisterin.

Sportehrenzeichen für Funktionäre:
in GOLD:

Gem. III/4 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportorganisationen Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiete des Körpersportes - Erziehung, Unterricht, etc. - besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben).

GRABNER JOSEF, Jahrgang 1928, war von 1960 bis 1972 Gerätewart und ist seit dieser Zeit bis zum heutigen Tag Beirat beim Tauchsportklub Steyr Austria.

GRUBER FRANZ, Jahrgang 1937, ist seit 1964 als Trainer und Beirat zunächst beim SK Amateure Steyr und jetzt beim ASKÖ Boxclub Steyr tätig.

KATZENSCHLÄGER WALTER, Jahrgang 1935, bekleidet seit 1960 folgende Funktionen beim ASV Bewegung Steyr: Sektionsleiter Fußball, Kassier-Stellvertreter und Sektionsleiter-Stellvertreter Stockschießen und seit 1975 bis zum heutigen Tage Obmann-Stellvertreter der Sektion Stockschießen.

LACKNER JOHANN, Jahrgang 1940, ist seit 1965 als Vortuner beim ASKÖ Schiverein Steyr tätig. Er baute die Schigymnastikgruppe weiter aus und konnte auch andere Sportler zu Vor-

turnern ausbilden.

Gemeinderat MANETSGRUBER JOHANN, Jahrgang 1929, bekleidet seit 1957 folgende Funktionen beim ASV Bewegung Steyr: Sektionsleiter-Stellvertreter Faustball, Obmann-Stellvertreter des Gesamtvereines und seit 1982 Beisitzer im Vereinsausschuß.

MAYR HEINZ, Jahrgang 1939, ist seit 1963 Jugendleiter und später Beirat in der Sektion Leichtathletik des SK Amateure. Große Verdienste erwarb er sich als Begründer des Heinz-Mayr-Zehnkampfes, den er schon zum 27. Mal maßgeblich organisiert. Diese Veranstaltung wird bereits zum 12. Mal als Steyrer Stadtmeisterschaft durchgeführt.

OTTENDORFER WALTER, Jahrgang 1933, ist seit 1962 in der Sektion Fußball des ASV Bewegung als Beisitzer und Ordnerobmann tätig.

RAUSCHER JOSEF, Jahrgang 1921, bekleidet seit 1948 folgende Funktionen beim Postsportverein Steyr: Gründungsobmann, Obmann-Stellvertreter und bis zum heutigen Tag Beirat im Vereinsausschuß.

Landesrat Ing. REICHL HERMANN, Jahrgang 1937, war von 1965 bis 1984 Obmann-Stellvertreter des ASV Bewegung und ist seit 1984 bis zum heutigen Tag Beirat des Vereines. Darüber hinaus ist er seit 1973 Beirat im ASKÖ Bezirk Steyr.

ROHRAUER HERMANN, Jahrgang 1937, bekleidet seit 1959 folgende Funktionen in der Sektion Tischtennis des ASV Bewegung Steyr: Schriftführer-Stellvertreter, Sektionsleiter, Beirat und seit 1990 Obmann.

RUDOLF JOSEF, Jahrgang 1915, war von 1959 bis 1982 Vorstandsmitglied des SK Vorwärts Steyr und in der Zeit von 1960 bis 1976 dessen Obmann. Von 1967 bis 1970 war er Schriftführer des Allgemeinen Turnvereines, Sektion Tennis, und ist seit 1970 Beirat und Kassarevisor beim damaligen ATV Steyr und dann beim neugegründeten Tennisklub grün-weiß

Steyr.

Bürgermeister SCHWARZ HEINRICH, Jahrgang 1932, ist seit 1965 bei mehreren Sportvereinen in folgenden Funktionen tätig: Beirat Obmann-Stellvertreter, Vizepräsident und seit 1986 Präsident bei ASV Bewegung. Seit 1973 Beirat im ASKÖ Bezirk Steyr. Seit 1976 Präsident des ATSV Vorwärts Steyr. Von 1979 bis 1990 war er überdies Sportreferent der Stadt Steyr.

STEINHAMMER KURT, Jahrgang 1928, war im Jahr 1960 ein Gründungsmitglied des Tauchsportklubs Steyr und stand dem Verein bis zum Jahr 1989 als Obmann vor. Bis zum heutigen Tag ist er Ehrenobmann und Beirat des Vereines.

TEMPELMAYR ENGELBERT, Jahrgang 1925, war 1948 ein Gründungsmitglied des Postsportvereines, später Schriftführer und seit 1955 bis zum heutigen Tag Kassier.

Gemeinderat VORHAUER ANTON, Jahrgang 1936, war von 1958 bis 1966 Jugendleiter beim ATSV Steyr und ist seit dem Jahr 1966 in folgenden Funktionen bei ASV Bewegung Steyr tätig: Schriftführer Stockschießen, Obmann der Sektion Fußball und seit 1970 Sektionsleiter Stockschießen und überdies Beirat im Gesamtverein.

PRESSL RUDOLF, Jahrgang 1927, ist seit dem Jahr 1965 als Schützenmeister bei der Schützengesellschaft Steyr tätig.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Leithenmayr. Nächster ist Kollege Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren des Ge-

meinderates, ich darf Ihnen heute drei Akten zur Bewilligung vorlegen und ersuche schon jetzt um Ihre Zustimmung.

Es handelt sich um die Aktion "Essen auf Rädern" und um die Umstellung des Transportsystems. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

7) F-395/73

Aktion "Essen auf Rädern" -
Umstellung des Transportsystems.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 24. 9. 1990 wird im Zusammenhang mit der Durchführung der Aktion "Essen auf Rädern"

a) dem Auftrag zur Lieferung von Geschirr, Warmhalteboxen und Zubehör durch die Firma Menü mobil Handels-GesmbH, Kirchengasse 4 a, 6401 Inzing, Tirol, zum Anbotpreis von
S 764.933,- exkl. 20 % USt.

(siebenhundertvierundsechzigtausendneunhundertdreiunddreißig)

b) dem Auftrag zur Anfertigung von 8 isolierten Transportwagen an die MA VII/Wirtschaftshof im Ausmaß von je ca. S 20.000,- ohne 20 % USt., insgesamt also

S 160.000,- exkl. 20 % USt.

(einhundertsechzigtausend)

zugestimmt.

Die Mittelfreigabe wird dem Rechnungsjahr 1991 erfolgen und diesbezüglich über gesonderten Antrag entschieden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der zweite Fall betrifft den Fußgängerübergang Plenkberg im Zusammenhang mit dem Bundesstraßen Ausbau Plenkberg, B 122/122 a.

8) Bau3-7623/89

Fußgängerübergang Plenkberg im Zusammenhang mit dem Bundesstraßen Ausbau Plenkberg, B 122/122 a.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 9. 1990 wird im Zusammenhang mit dem Bundesstraßen Ausbau Plenkberg, B 122/122 a der Erstellung eines Detailprojektes "Fußgängerübergang Plenkberg" durch das Büro Dipl. Ing. Spirk, Steyr/Salzburg zu Kosten von S 425.000,- inkl. MWSt. zugestimmt.

Gleichzeitig wird einer Mittelfreigabe in Höhe von S 300.000,- zugestimmt. Die Freigabe der Restmittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung im Jahr 1991 vorbehalten.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 300.000,-

(dreihunderttausend)

von der VA-Stelle 5/6120/002500.6 auf die VA-Stelle 5/6160/002000.3 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 5/6120/002500.6 zu erfolgen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe keine. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag betrifft den Straßenrückbau Wehrgrabengasse, die Vergabe der Arbeiten und die Mittelfreigabe.

9) Bau3-6696/90

Straßenrückbau Wehrgrabengasse; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 10. 1990 wird der Auftrag zur Durchführung der Straßenrückbauarbeiten im Wehrgraben an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH Steyr zum Preise von S 512.493,74 inkl. MWSt. übertragen. Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 100.000,--

(einhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002140.1 freigegeben und eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 413.000,--

(vierhundertdreizehntausend)

von der VA-Stelle 5/6120/002500.6 auf die VA-Stelle 5/6120/002140.1 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 5/6120/002500.6 zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat der Stadt Steyr infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichte. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Den Kommunismus gibt es gar nicht mehr.

Im ersten Antrag soll der Bebauungsplan Nr. 46 Ennser Straße, Änderung Nr. 2 Haas, der für die Bebauung durch ein Betriebsobjekt der Fa. Haas vorgesehen ist, entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 3. Mai 1990 beschlossen werden.

10) Bau2-1944/90

Bebauungsplan Nr. 46; Ennser Straße; Änderung Nr. 2 Haas.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 46 - Ennser Straße - Änderung Nr. 2 wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 3. Mai 1990 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 17. September 1990 nach § 23 Abs. 2 und 3 des öö. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1972 idgF, beschlossen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GR Oskar Holub) angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Aufgrund des gegenständlichen Amtsberichtes der MA XI vom 20. September 1990 werden folgende Namen aus dem Straßenverzeichnis der Stadt Steyr gelöscht:

11) Ges-15/90

Löschung von Straßennamen aus dem Straßenverzeichnis der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des gegenständlichen Amtsberichtes der MA XI vom 20. September 1990 werden nachfolgende Straßennamen aus dem Straßenverzeichnis der Stadt Steyr gelöscht: Kautschstraße, Dahliengasse, Fadingerstraße, Moserstraße, Bauernstraße.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft ein Aufschließungsübereinkommen mit Herrn Krenn.

12) Bau2-838/90

Bau2-1628/90

Aufschließung der Krenn-Gründe; Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit Herrn Josef Krenn, 4400 Steyr, Weinzierlstraße 5.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit Herrn Josef Krenn, 4400 Steyr, Weinzierlstraße 5, zur Baureifmachung des von den Flächenwidmungsplanänderungen Nr. 73 und Nr. 79 betroffenen Gebietes zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Das Kanal- und Straßenprojekt ist von einem Zivilingenieur für Bauwesen auf Kosten des Aufschließers zu erstellen. Die Stadt hat die gesamten Kanalbauarbeiten auf ihre Kosten zu veranlassen. Die Herstellung der Aufschließungsstraßen wird in der Weise geteilt, daß die Stadt die Kosten der Schwarzdeckenarbeiten und der damit verbundenen Nebenleistungen trägt, Herr Krenn die verbleibenden Arbeiten auf seine Kosten zu beauftragen hat. Die Kosten der Straßenbeleuchtung sind vom Aufschließer zu tragen, die Installationsarbeiten übernimmt die Stadt selbst und auf eigene Kosten.

Weiters wird der Auflassung des öffentlichen Weges, Parzelle 1967, KG Steyr, zugestimmt. Krenn hat die Straßenflächen der neuen Siedlung unentgeltlich in das öffentliche Gut zu übertragen und erhält hiefür im Tauschwege diese Parzelle übereignet. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Auch hier ersuche ich um Annahme des Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Wortmeldung? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Das ist genau so ein Grund, warum ich mich wieder der Stimme enthalte, da soll wieder eine Flächenwidmungsplan-Änderung durchgeführt werden ohne ein Konzept. Das war alles.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird eine weitere Wortmeldung gewünscht? Nein. Wird vom Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte nur dazusagen, daß dieses Grundstück am Rande eines Siedlungsgebietes liegt und wenn der das wohnbaureif machen will, so kann man dagegen eigentlich keine Einwände erheben. So konzeptlos ist das in diesem Bereich sicher nicht, weil dort rundherum Siedlungen sind. Ich glaube, wir sind halt mit den Grünflächen nicht sehr gesegnet im engeren Stadtbereich, so daß auf das Umland, das zum Teil noch Grünland ist, zurückgegriffen werden muß. Letzten Endes ist es auch im Interesse des Eigentümers, der dieses Gebiet vermarkten will. Dagegen können Sie und können wir auch nicht entschei-

den.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Ich danke für das Schlußwort, wir
kommen zur Abstimmung. Wer für
diesen Antrag ist, den bitte ich, ein
Zeichen der Zustimmung zu geben?
Danke sehr. Gegenprobe? Stimment-
haltung? Der Antrag ist mit einer
Stimmenthaltung (GR Oskar Holub)
angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Im Zusammenhang mit der Errichtung
der Kanalisation Berggasse sollen die
Arbeiten an die ARGE Zwettler - Illma
vergeben werden. Der Antrag lautet:

13) Bau6-2700/90

Bau3-2701/90

Erd-, Baumeister-, Rohrverle-
gungs- und Pflasterungsarbei-
ten Kanalisation Berggasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III
namens der städtischen Kanalverwal-
tung vom 1. 10. 1990 wird im Zusam-
menhang mit der Errichtung der Ka-
nalisation Berggasse der Auftrags-
vergabe zur Durchführung nachste-
hender Arbeiten an die ARGE Zwett-
ler-Illma Steyr zugestimmt.

1. Kanalbau (Teil A)

S 1.847.980,35 exkl. MWSt.

2. Straßenbau (Teil C)

S 725.027,40 inkl. MWSt.

3. Pflastergewinnung (Teil D)

S 404.467,80 inkl. MWSt.

Eine diesbezügliche Mittelfreigabe
bleibt einer späteren Beschlußfas-
sung vorbehalten.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITEHNMAYR:

Eine Wortmeldung zu diesem Antrag?
Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegen-
stimmen? Stimmenthaltungen? Nein,

der Antrag ist einstimmig beschlos-
sen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL.

Im letzten Antrag geht es um die In-
dustrieraufschließung Hinterberg, ei-
nen Zusatzantrag.

14) Bau3-7320/89

Industrieraufschließung Hinter-
berg; Projekterweiterung; Ver-
gabe der Zusatzarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 28. 6. 1990
wurde der Auftrag zur Durchführung
der Industrieraufschließung Hinterberg
an die ARGE Traunfellner - Negrelli -
Mayr-Bau - Zwettler und Hamberger
vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III
vom 25. 9. 1990 wird nunmehr einer
Vergabe eines Zusatzauftrages in
Höhe von S 931.988,74 inkl. MWSt.
an die ARGE Traunfellner - Negrelli -
Mayr-Bau - Zwettler und Hamberger
zugestimmt. Zum genannten Zweck
wird eine Kreditüberschreitung im
Ausmaß von

S 600.000,--

(sechshunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002030.4
bewilligt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat
der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des
Statutes für die Stadt Steyr zum sofor-
tigen Vollzug dieses Beschlusses er-
mächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages
ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Wortmeldungen? Keine. Wir kommen
zur Abstimmung. Wer für diesen An-
trag ist, den bitte ich um ein Zeichen
mit der Hand? Danke sehr. Gegen-
probe? Stimmenthaltung? Ebenfalls
einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Stadtrat Schloß-

gangl für die Berichterstattung. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute einen einzigen Antrag zur Beschlußfassung vorlegen. Es geht um den Erdgasliefervertrag mit der oö. Ferngas-GesmbH, und zwar um die vertragliche Preisvereinbarung für die Jahre 1991 und 1992. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

15) ÖAG-6216/76

Stadtwerke

Erdgasliefervertrag mit der oö. Ferngas GesmbH; vertragliche Preisvereinbarung für die Jahre 1991 und 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 24. 11. 1988 wurde die für das Wirtschaftsjahr 1989 geltende Preisvereinbarung zwischen der oö. Ferngas GesmbH (Leistungspreis: S 5,177.100,- exkl. USt. p. a.; Arbeitspreis S 129,86 exkl. USt, je MWh) genehmigt. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. 9. 1989 wurde einer Verlängerung dieser Preisvereinbarung für das Jahr 1990 zugestimmt.

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 11. 9. 1990 und des Berichtes des Kontrollamtes vom 18. 9. 1990 wird nunmehr die Zustimmung zum Abschluß einer Vereinbarung im Sinne des Schreibens der oö. Ferngas-GesmbH Linz vom 6. 7. 1990, Zl. HS/Z/970660, erteilt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN

LEITHENMAYR:

Ich danke für den Vortrag. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Dieser Erdgasliefervertrag, der nun beschlossen wird, dient zur Sicherung der Gasversorgung unserer Stadt. Ich glaube, gerade in dieser Zeit haben auf diesem Sektor - wir wissen, wie das aussieht, - die beiden Geschäftsführer Wein und Riedler den bestmöglichen Vertrag erreicht und bestimmte Unsicherheiten auf diesem Sektor weitgehend abgewehrt. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang sagen, daß ich vorschlagen möchte, daß man bei den nächsten Verhandlungen einen besseren Preis - jetzt geht es nicht mehr - erreicht. Ich habe das in der Mittagszeit mit Vizebürgermeister Leithenmayr schon besprochen - Du hast das Zukunftsarbeit genannt - daß, um die Umwelt im Stadtgebiet zu verbessern, wir vorschlagen, daß die gemeindeeigenen Gebäude an die Erdgasversorgungsleitungen des Gaswerkes angeschlossen werden sollen und dadurch natürlich auch die Abnahmemenge steigt und ein besserer Preis erzielt werden könnte. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß die Umweltbelastung hintangestellt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Vizebürgermeister Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HO-
LUB:

Zur Anregung des Kollegen Treml, was den Erdgasanschluß von öffentlichen Gebäuden, insbesondere stadt-

eigenen betrifft, ist an sich nur die Zustimmung zu geben. Nur soll man nicht das Kind mit dem Bad ausschütten und das wird man dann tun, wenn man Heizanlagen, die in sehr gutem Zustand sind, allerdings jetzt ölbeheizt sind, vernichtet, nur damit der Gasanschluß gemacht ist. Ich glaube, da wäre es richtiger, an die sukzessive Erneuerung zu denken, wenn eine auszuscheidende Heizung ergänzt werden muß aus wirtschaftlichen Gründen. Aber ich glaube, auch hier ist ein Kompromiß zwischen dem Ideal der Umwelt und dem wirtschaftlich Machbaren zu erzielen. So ist das gedacht.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

In diesem Sinne haben wir das mittags besprochen, Zug um Zug. Damit komme ich zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

Kollege Tatzreiter bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein erster Antrag betrifft die Außenrenovierung des Sportheimes Ennsleite, Hubergutstraße 12. Der Antrag lautet:

16) GHJ2-5725/90

Sportheim Ennsleite, Hubergutstraße 12; Außenanlagegestaltung.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 6. 9. 1990 wird zum Zusammenhang mit der Gestaltung der Außenanlagen des gemeindeeigenen Objektes Hubergutstraße 12 die

Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Heno-Bau, Steyr, zum Anbotspreis von S 482.053,20 i. M. übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 483.000,--

(vierhundertdreißigtausend) bei der VA-Stelle 5/8460/010000.5 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme des Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke sehr. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Instandsetzungsarbeiten des Objektes Zwischenbrücken 1.

Im Amtsbericht heißt es, um größere Folgeschäden am gemeindeeigenen Objekt Zwischenbrücken 1 zu vermeiden, sowie die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleisten zu können, sind umfangreiche Erneuerungen und Instandsetzungsarbeiten durchzuführen.

17) GHJ2-3170/90

Zwischenbrücken 1; Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 11. 9. 1990 wird im Zusammenhang mit der Durchführung von

Instandsetzungsarbeiten beim Objekt Zwischenbrücken 1 der Vergabe nachstehender Arbeiten zugestimmt:

1. Baumeisterarbeiten: Fa. Mayr-Bau, Steyr S 545.750,-- o. M.

2. Bautischlerarbeiten: Fa. Weidinger, Steyr S 384.500,-- o. M.

3. Gerüstungsarbeiten: Fa. Gerüstbau, Steyr, S 63.700,-- o. M.

4. Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Mitterhuemer, Steyr S 134.376,95 o. M.

5. Malerarbeiten: Fa. Seywaltner, Steyr S 113.100,-- o. M.

6. Dachdeckerarbeiten: Fa. Lipfert, Steyr S 189.850,-- o. M.

7. Spenglerarbeiten: Fa. Wittner, Steyr S 10.000,-- o. M.

8. Trockenlegungsarbeiten: Fa. Mi-bag, Sierning

S 297.958,-- o. M.

Gesamterfordernis ohne Mehrwertsteuer

S 1.739.234,95

Die Finanzierung der Instandsetzungsarbeiten hat dergestalt zu erfolgen, daß ein Teil der Kosten für die Fenstererneuerung, nämlich S 165.600,-, den Mietern im Wege einer Mietzinserhöhung aufzurechnen ist, die Restkosten in Höhe von S 1.573.634,95 werden von der Stadt Steyr getragen.

Zum Zwecke der Inanspruchnahme der Wohnbeihilfe durch die jeweiligen Mieter wird der Einleitung eines Verfahrens gem. § 18 MRG beim BG Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1.223.000,--

(eine Million zweihunderdreiundzwanzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8460/01000.5 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 517.000,--

(fünfhundertsiebzehntausend)

bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu er-

folgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu? Ich sehe keine. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es um das Bauvorhaben Wehrgraben Josefsthall, er betrifft die Erhöhung des Finanzierungszuschusses der Stadt, wobei nicht allein die Stadt die Erhöhung trägt, sondern auch alle anderen Beteiligten gleich hoch, mit dem gleichen Prozentsatz, betroffen sind.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 22. 3. 1990 wurde ein Zuschußbetrag in Höhe von S 1.373.000,-- für das Bauvorhaben der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch GesmbH, Steyr, Wehrgraben-Josefsthall, freigegeben. Die damalige Finanzierungsvariante sah einen Zuschuß der Stadt von 5 Prozent der gesamten Baukosten für die kostspielige Pfahlgründung, für dieses Pilotenprojekt, vor. Das wurde ja bisehr bei allen Projekten dort unten gemacht. Ich denke nur an die Wehrgrabenschule, die uns lange Jahre Sorgen auf diesem Gebiet gemacht hat. Daher ist es auch notwendig, hier diese Baumaßnahmen vorzunehmen. Es gibt hier einen, im Amtsbericht detailliert angeführten, Schlüssel der Prozentsätze. 18 Prozent Eigenmittel von der GWG der Steyr-Daimler-Puch, das sind 6.050.876, --, 3 Prozent Kautiön der Mieter, 5,7 Prozent Zuschuß der Stadt Steyr. Es erhöht sich der Gesamtauf-

wand von 27,674.025 auf 33,020.176 Schilling. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

18) GHJ2-1744/87

Bauvorhaben Steyr-Wehrgraben - "Josefsthal"; Erhöhung des Finanzierungszuschusses der Stadt.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird der Erhöhung des nicht rückzahlbaren Zuschusses an die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch GesmbH zur Finanzierung des Bauvorhabens "Josefsthal" mit 38 Wohneinheiten von bisher S 1,383.700,-- auf S 1,883.700,-- zugestimmt. Die Auszahlung dieses Betrages erfolgt nach Maßgabe des Baufortschrittes. Mit der Leistung dieses Zuschusses ist das alleinige Eiweisungsrecht an den neu zu errichtenden Wohneinheiten verbunden.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Tatzreiter für seine Berichte. Nächster ist Kollege Zagler.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzter Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

Bei meinem ersten Antrag, es ist ein Aufwärmantrag, geht es um Lärmschutzfenster, die von der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft in den Objekten an der Tomitzstraße eingebaut wurden und wo um eine Bezuschussung angesucht wurde. Es wird gebeten, nachstehen-

den Antrag zu genehmigen.

19) Bau5-3785/89

Erste Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft Steyr; Einbau von Lärmschutzfenstern; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der MA XII vom 18. 9. 1990 wird der Ersten Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft Steyr in Anwendung der "Richtlinien für die Förderung von Lärmschutzmaßnahmen in Steyr" ein Förderungsbetrag von 30 Prozent der angefallenen Kosten für den Einbau von Lärmschutzfenstern, das sind S 266.096,34, gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 267.000,--

(zweihundertsiebenundsechzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/5230/777000.8 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Wortmeldung? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der zweite Antrag betrifft den Vertrag, der zwischen dem Land Oberösterreich und der Stadtgemeinde Steyr bzw. der Stadtgemeinde Steyr und einigen Umlandgemeinden abzuschließen wäre. Ich darf, weil das Paket besonders groß ist, den Amtsbericht zur Verlesung bringen.

Im Frühjahr des vergangenen Jahres

trat das Land Oberösterreich an die Stadtgemeinde heran, den Gemeinden des Reinhaltungsverbandes Steyr-Umgebung die Verbringung des in diesen Gemeinden anfallenden Mülls auf die Mülldeponie der Stadt Steyr zu ermöglichen. Dies deshalb, weil die Umlandgemeinden Aschach, Sierning, Dietach, Garsten und St. Ulrich über keine gesicherten Deponien verfügen, so daß es derzeit notwendig ist, den anfallenden Müll nach St. Valentin zu verbringen. Noch vor Beginn der Aufnahme konkreter Verhandlungen über die Anlieferung von Fremdmüll auf die städtische Deponie wurde dem Land Oberösterreich ein umfangreicher Forderungskatalog, gleichsam als unerläßliche Verhandlungsgrundlage, zur Vorlage gebracht. Dadurch sollte gegenüber dem Land Oberösterreich zum Ausdruck gebracht werden, daß die Stadt Steyr grundsätzlich aus Interesse an der Erhaltung einer gesunden Umwelt auch über die Stadtgrenzen hinaus, zu diesem Akt der Solidarität mit den benachbarten Gemeinden bereit ist. Andererseits sollte aber die Führung von Gesprächen mit den Vertretern des Landes Oberösterreich dazu genützt werden, andere Sachthemen, wie etwa die Verwirklichung der Nordspange, Ennser Knoten, u. a. mitzuverhandeln und in weiterer Folge auch vertraglich zu fixieren. Dem Amtsbericht liegt ein Vertragsmuster in der Beilage A bei. Selbstverständlich war die Stadt Steyr von Anfang an bemüht, die durch eine Fremdmüllübernahme zwangsläufig entstehende Reduzierung des begrenzten Deponievolumens so gering wie möglich zu halten. Um einerseits diese Bestrebungen durchzusetzen, andererseits die betreffenden Gemeinden dazu anzuhalten, in fernerer Zukunft den anfallenden Müll in ihren eigenen Gemeinden entsprechend zu lagern bzw. zu entsorgen, wurde gefordert und vertraglich sicherge-

stellt, daß die Verbringung des Fremdmülls durch die RHV-Gemeinden auf 10 Jahre limitiert und die zur Entsorgung gelangende Müllmenge vom 1. bis zum 10. Jahr kontinuierlich zu verringern ist. In Zahlen bedeutet das, daß die durch die RHV-Gemeinden angelieferte Gesamtmüllmenge von 7.000 Gewichtstonnen im ersten Jahr auf insgesamt 5.000 Gewichtstonnen im 10. Jahr gleichmäßig zu reduzieren ist. Desweiteren muß gewährleistet sein, daß die seitens der Stadt Steyr in den letzten Jahren verstärkt gesetzten Maßnahmen zur Verringerung des Müllaufkommens durch Altstoff und Problemüll-Sammlung, Trennung von Sperrmüll und Gerwerbemüll, auch durch die Umlandgemeinden in entsprechendem Umfang durchgeführt werden. Die Stadt Steyr sichert sich im Gegenzug vertraglich die Option, Grün- und Biomüll im Verhältnis des eingelagerten Mülls hinauszuliefern. Die Übernahme des Mülls der Gemeinden des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung durch die Stadt Steyr auf die Mülldeponie Hausleiten soll ab 1. November erfolgen. Hiefür ist aus rechtlicher Sicht der Abschluß von Verträgen einerseits zwischen dem Land Oberösterreich und den einzelnen Randgemeinden Aschach, Sierning, Dietach, Garsten, St. Ulrich und der Stadt Steyr erforderlich. Die Vereinbarungen zwischen der Stadt Steyr und den RHV-Gemeinden weisen grundsätzlich alle denselben Vertragsinhalt auf und unterscheiden sich nur hinsichtlich der Müllmengen vom 1. bis zum 10. Jahr.

20) ÖAG-4183/89

Müllabfuhr

Mitbenützung der Mülldeponie der Stadt Steyr durch die RHV-Gemeinden.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 17. 9. 1990 wird

im Zusammenhang mit der Mitbenützung der Mülldeponie der Stadt Steyr durch die RHV-Gemeinden dem Abschluß von Verträgen, entsprechend den diesem Amtsbericht beigeschlossenen Musterverträgen, zwischen den einzelnen RHV-Gemeinden Aschach, Dietach, Garsten, Sierning, St. Ulrich und der Stadt Steyr einerseits, sowie zwischen dem Land Oberösterreich und der Stadt Steyr andererseits, zugestimmt (BEILAGEN).

Ich ersuche, die Diskussion bzw. Abstimmung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Gemeinderat Enöckl bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ENÖCKL:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Herren Bürgermeister!

Diese umfangreiche Vereinbarung veranlaßt mich, einige Worte zu einigen Punkten zu sagen.

Ich betrachte das als eine weitrangige einschneidende Maßnahme, vorerst auf 10 Jahre ausgedehnt. Wie sich die Sache weiterentwickelt, wird sicherlich die Zukunft zeigen. Mir liegt momentan die vor uns liegende Situation am Herzen. Dazu ein paar Ausführungen.

Ich habe im Amtsblatt der Stadt über den Ausbau der Hausleitnerstraße etwas gelesen, so in etwa 5 Zeilen. Das hat mich veranlaßt, einige Sätze dazu zu sagen. Ich weiß, man kann das nicht so ausschmücken, aber meine Gedanken möchte ich darlegen. Die Zufahrt zur Mülldeponie muß man so betrachten, daß die Umlandgemeinden da hinfahren, einbiegen in die Hausleitnerstraße und da sind 9 Ausweichstellen vom Land erweitert worden, die bestehende Straße wurde an 9 Stellen erweitert. Das sieht so aus, das wurde zum großen

Teil anständig gemacht, die Koffierung und Asphaltierung. Man hat dabei, so meine ich, ich kann das noch nicht abschätzen, weil der Betrieb erst am 1. November richtig losgeht, um wieviel sich die Zahl der Fahrzeuge vermehren wird in gewissen Bereichen und es wurde damit ein schnellerer Fahrverlauf der Müllfahrzeuge geschaffen. Durch den schnelleren Fahrverlauf der Müllfahrzeuge sind einfach die schwächeren Verkehrsteilnehmer im Nachteil, sprich die Fußgeher, die Radfahrer. Im Steinwändweg, der auch in diesem Bereich liegt, haben wir drei Sportstätten und dort ist ein reger Verkehr auch mit Fahrrädern. Das kann nicht so sein, daß man für die Brummer geordnete Verhältnisse schafft und die anderen müssen die Gefahren auf sich nehmen. Ich ersuche daher schon jetzt, bei den Budgetgesprächen, bei den Straßenreparatur- und -planungsarbeiten mit vorzusehen, daß man so bald wie möglich das realisiert. Ich sage das deshalb, weil wir am 1. November den Betrieb aufnehmen und ab diesem Zeitpunkt die Menschen die Beschwerlichkeiten auf sich zu nehmen haben. Man sollte versuchen, das Straßenstück von der Einbiegung der Ennser Bundesstraße bis zum Kurvenbereich Abfahrt Steinwändweg, wo sich die Sportstätten und das Wohngebiet befinden, eine Geh- und Fahrmöglichkeit zu schaffen. Ich will jetzt nicht von einem großen Bauwerk sprechen, sondern einfach mit einer Sicherheitsstruktur ausgestattet, daß man das so bald wie möglich in Angriff nehmen kann.

Das zur Straße.

Das nächste, was mir sehr nahe liegt, ist unser Grundwasser. Ich weiß, im Bereich der Vereinbarung gibt es jede Menge Klauseln. Ich bin überzeugt, daß alles nach bestem Wissen und Gewissen zugunsten der Stadt und der Menschen gemacht und vereinbart wird. Für mich drängt sich in die-

sem Zusammenhang die Frage auf, haben wir genügend Kontrolle, können wir das jeden Tag feststellen, was sich da verändert? Können wir feststellen die Müllzusammensetzung in ihrer Gesamtheit? Was dort hinuntergebracht wird, kommt in große Behälter und dann wird aufgeschüttet. Ich weiß schon, wir werden mit Sicherheit sehr vorsichtig sein müssen und ich bin überzeugt davon, daß Menschen diese Sichtung durchführen werden. Aber unter Umständen haben wir zu wenige, die das tun. Gibt es in den Umlandgemeinden eine genau so umsichtige Mülltrennung im Sondermüllbereich wie sie in Steyr mit großem Aufwand betrieben wird? Das sind die Fragen, die mich immer wieder bewegen, nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren.

Ich ersuche daher, daß wir alles in unserer Möglichkeit Stehende tun, um Ungereimtheiten und Mißstände auszuschließen bzw. sofort versuchen, solche zu beseitigen.

Ich möchte mit diesem Beitrag einfach sagen, die Kontrolle in diesem Zusammenhang auf unserer für die 7 Umlandgemeinden geöffneten Mülldeponie muß einfach Vorrang haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Enöckl für seinen Beitrag. Nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!

Wenn man einen eigennützigen Standpunkt vertreten würde, dann müßte man dagegen auftreten, daß es nunmehr möglich sein soll, und das bis in das Jahr 2000, daß 5 Umlandgemeinden - die Gemeinden wurden schon namentlich genannt, daher kann ich es mir ersparen, diese aufzuzählen - nunmehr ihren Müll auf die

hauseigene Mülldeponie der Stadt Steyr verbringen können. Da aber auch ich die Auffassung vertrete, daß Umweltschutz - dazu gehört eine geordnete Müllentsorgung und gehört auch im verstärktem Maß eine Einschränkung des Mülls, also Müllvermeidung, sonst wird uns, mit Verlaub gesagt, der Dreck von einigen Jahren auf den Kopf fallen und das in kurzer Zeit - nicht vor den Toren unserer Stadt halt machen kann. Und zwar deshalb nicht, weil wir indirekt auch davon betroffen werden würden, wenn die Umlandgemeinden ihren Müll nicht dementsprechend entsorgen könnten. Ich teile aber auch die Auffassung meines Vorredners, des Gemeinderates Enöckl, der meint, daß die Kontrolle in diesem Zusammenhang sehr hochgestellt werden muß, denn auch ich hoffe, daß es uns nicht so geht wie anderen Mülldeponien auch, daß sie plötzlich vor der Tatsache stehen, daß sie dort Sondermüll gelagert haben, mit dem man nicht weiß, was man anfangen soll. Nicht zuletzt wird aber meine Zustimmung zu diesem Antrag deshalb bestärkt und das darf ich vorausschicken, meine Damen und Herren, weil das Land eine Reihe von Zusicherungen finanzieller Art gemacht hat. Das betrifft vor allen Dingen die Sanierung der Mülldeponie, die Deponieentgabung, die Deponiezufahrt, die Kontrollsonden, den Winterdienst auf der Deponiezufahrt und vor allem hat sich das Land auch bereiterklärt, darauf hinzuwirken, daß die Planungs- und Baumaßnahmen zur Errichtung der Steyrer Nordspange einem baldigen Abschluß zugeführt werden. Das, meine Damen und Herren, habe ich immer wieder betont, ist für uns und für Sie bestimmt auch - wir haben ja gemeinsame Beschlüsse gefaßt - vorrangig zu beurteilen. In dem Zusammenhang steht auch die Tatsache, daß das Land sich bereiterklärt und grundsätzlich die Bereitschaft be-

kundet, dazu beizutragen, daß eine Gesamtlösung für den Ennser Knoten zur Entflechtung der Verkehrsströme und im Sinne einer Verbesserung für die Bewohner des Tabors zustande kommt.

Das sehe ich auch im Zusammenhang mit der Errichtung der Nordspange, daß sich endlich dort eine Lösung zugunsten der dort wohnenden Bevölkerung abzeichnet. Denn die Situation, meine Damen und Herren, ist sehr oft nicht mehr auszuhalten und wir haben eigentlich heute bereits sehr lange über Verkehrsprobleme, die auch den Nahbereich dieses Ennser Knotens betreffen, diskutiert. Das alles, meine Damen und Herren, veranlaßt mich abschließend nochmals, diesem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen!

Wie von Stadtrat Zagler berichtet wurde, trat das Land Oberösterreich an unsere Stadt heran, den Gemeinden des Reinhaltverbandes Steyr und Umgebung die Verbringung des anfallenden Mülls auf die Mülldeponie der Stadt zu ermöglichen. Der Grund dafür ist, daß die Umlandgemeinden, die er auch angeführt hat, Aschach, Sierning, Dietach, Garsten, St. Ulrich, über keine gesicherten Deponien verfügen, so daß sie bisher gezwungen waren, ihren anfallenden Müll in ihren Gemeinden nach St. Valentin, nach Niederösterreich, also in ein anderes Bundesland zu bringen. Natürlich wäre es in erster Linie Aufgabe des Landes, Mülldeponien auf Bezirksebene nach einem bestimmten Konzept des Landes zu errichten. Sie haben es sich da ein bißchen leichter gemacht, sie lösen

dieses Problem durch verstärkte Förderungsmaßnahmen von Stadtprojekten, das uns auf der anderen Seite dadurch wieder zugute kommt. Ich nehme aber diesen Antrag nicht zum Anlaß, über den Niedergang des Sozialismus zu sprechen, sondern - wie man heute schon ein paar Mal gesagt hat - um einige grundsätzliche Bemerkungen zur Umweltpolitik zu machen. Wenn ich weniger über die Länder reden oder verteidigen muß, dann habe ich mehr Zeit.....

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ja, da hast Du mehr Zeit, also bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

....da habe ich mehr Zeit für kommunale Arbeit und ich hoffe auch zum Nutzen der Stadt. Für die Umwelt ist nach wie vor kennzeichnend, daß natürlich - und das wissen Sie auch - die Umweltschäden rascher wachsen als die Umweltschutzmaßnahmen, weil eben nach meiner Meinung die gesamte Umweltpolitik nach wie vor in erster Linie durch bestimmte Profitinteressen der größeren Unternehmer und Konzerne bestimmt ist. Sie wissen genauso wie ich, daß z. B. in Österreich pro Jahr mehr als 1,5 Millionen Tonnen Müll anfallen und daß zwei Drittel dieses gewaltigen Müllbergs dabei auf Verpackungsmaterial fällt. Ich vertrete auch grundsätzlich die Auffassung, daß verstärkte Umweltmaßnahmen erfolgen müssen, jedoch ohne Mehrbelastung unserer Bevölkerung. Daher muß die Finanzierung vor allem von jenen erfolgen, die schon bisher wegen mangelnder Vorsorge die Umwelt geschädigt und natürlich auch daraus Profit geschöpft haben. Unsere Mülldeponie in Hausleiten wird den Stadtmüll im Laufe - so wissen wir das - der nächsten 25 Jahre aufnehmen können. Jedoch wird dieser Zeitraum verkürzt durch

die beantragte Gewährung, den anfallenden Müll der Gemeinden des Reinhalteverbandes Steyr und Umgebung zu deponieren. Dem kann entgegengewirkt werden mittels des OÖ. Abfallwirtschafts-Landesgesetzes 1990, das noch in diesem Herbst im Landtag beschlossen wird. Dieses Gesetz sieht u. a. vor, Richtlinien, die sehr entscheidend sind, auch für unsere Mülldeponie für die Vermeidung, Sammlung und Verwertung sowie die Ablagerung und sonstige Behandlung von Abfällen. Zu diesem OÖ. Abfallwirtschafts-Landesgesetz 1990 gab es eine breite öffentliche Diskussion, die auch die Möglichkeit bot, Vorschläge einzubringen. Es wird zwar von verschiedenen Seiten sehr viel auch zu bestimmten Zeiten von Umweltschutz gesprochen und auch propagiert, aber zu diesem Gesetz gab es von den 445 Gemeinden Oberösterreichs, von den Parteien und auch Umweltgruppen, nur 20 Stellungnahmen bzw. Vorschläge. Wir Kommunisten haben zum Entwurf des OÖ Abfallwirtschafts-Gesetzes 1990 11 Vorschläge unterbreitet, so z. B. in einem Punkt begrüßen wir die im Entwurf vorgesehene bezirksweise Entsorgung des Hausmülls, verbunden mit der Bildung von Bezirksabfallverbänden zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Eigenverantwortung der Bezirke. Es sollte doch eine klare Begrenzung der Entsorgung des in einem Bezirk anfallenden Abfalls im eigenen Bezirk vorgesehen werden, um jeden Mülltourismus zu vermeiden. Weiters sind wir der Auffassung, daß die Bezirksabfallverbände, die in diesem Gesetz vorgesehen sind, durch die Bildung von Abfallwirtschaftsbeiräten, nach dem Beispiel des in der Landeshauptstadt Linz bereits bestehenden derartigen Beirates, auf unsere Situation zugespielt, auf Stadt- und eventuell auf Bezirksebene ergänzt werden, um dem Vermeidungsgedanken in

breitem Maß Rechnung zu tragen. Natürlich sind auch in diesen Abfallwirtschaftsbeiräten Umweltschutzgruppen einzubeziehen. Weiters sind wir der Auffassung, als Ergänzung zu Abfallwirtschaftsbeiräten müßte auch eine Abfallberatung durch entsprechend geschultes Personal auf Bezirksebene eingerichtet werden, um den im Gesetz geschilderten Motiven gerecht zu werden. Kollege Enöckl hat auf diesen Aspekt - besonders der Umlandgemeinden - hingewirkt, wobei auch eine bestimmte Kontrolle vorzusehen ist. Da sind wir auch der Meinung, daß wir in dieses Gesetz eingebracht haben, Betreiber der Deponie, sowie auch die Stadt Steyr sollten angesichts der laufenden Skandale um Müllspekulant, nicht Dritte, also Privatunternehmen, sondern die öffentliche Hand in Form der Bezirksabfallverbände sein. Nur dadurch kann ein entsprechendes Maß an politischer Kontrolle sichergestellt werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist doch traurig, was ich jetzt hier vorgetragen habe, daß zu einem so entscheidenden Gesetz - der Entwurf lag uns vor vom 23. Mai d. J. und es sollten auf Aufforderung des Landeshauptmannes Vorschläge und Anträge bis Mitte August eingebracht werden - derartig wenig Vorschläge gemacht wurden, die so gravierende Maßnahmen sind. Also dieses Gesetz, der Entwurf, hat immerhin nach den Paragraphen in etwa 40, genau sind es 44 Seiten, wenn nicht noch etwas dazukommt. Da sind 37 Seiten zusammengefaßt punktiv, ich habe nur einiges herausgenommen. Es wäre natürlich interessant gewesen, daß wir im Umweltbeirat, Umweltschutz des gemeindlichen Umweltschutzausschusses dieses Problem behandelt hätten. Sicher, es ist in die Sommermonate gefallen und dadurch ein bißchen schwierig geworden, aber

meiner Meinung nach ist es ein Armutszeichen, wo nur von Umweltschutz usw. gesprochen wird, daß dann bei der Gesetzesvorlage so wenig mitgearbeitet wird. Aufgrund meines Vortrages bin ich der Auffassung und stimme natürlich für den vorliegenden Antrag, daß der anfallende Müll der Gemeinden des Reinhalteverbandes Steyr und Umgebung auf unsere stadteigene Mülldeponie deponiert wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Beitrag. Gemeinderat Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Wir seitens der GAL stimmen diesem Antrag bedingt zu und ich werde dies später begründen. Grundsätzlich finden wir die erreichten oder manches der erreichten Sachen positiv, weil sich die Stadt dabei einiges an Geld erspart, auch wenn wir Kompensationsgeschäfte dieser Art etwas problematisch empfinden. Und zwar geht es beim Punkt 3.5 um die Hausmüllverbrennungsanlage. Das empfinde ich schon als eine Art von Kokettieren, ein Spiel mit dem Feuer, weil - wie Kollege Tremml gerade richtig gesagt hat - die Müllvermeidung, die Mülltrennung und die -verwertung eindeutig den Vorrang haben soll und das Potential oder die Kapazitäten sicherlich noch nicht erschöpft sind. Ganz wichtig in diesem Zusammenhang wäre die schon mehrmalig geforderte Einstellung eines Umweltberaters außerhalb des Umweltschutzreferates, auch z. B. als flankierende Maßnahme beim Versuch dieser Bio-Tonne im Münichholz, der im Frühjahr glaube ich, beginnen wird. Bezüglich der Nordspange ist unsere Skepsis bekannt. Ein weiterer Punkt ist die erreichte Unterstützung für den Sportverein Vorwärts. Als Vorwärts-Fan vergönne ich es dem Verein sehr, an-

dererseits würde ich mir auch von den erfolgreichen Verhandlungen in Zukunft wünschen, daß vielleicht auch kulturelle bzw. vor allem soziale Vereine und Einrichtungen im selben Ausmaß Unterstützung erhalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Holub. Noch eine Wortmeldung? Ich sehe das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich lasse den eingelangten Wortmeldungen, bis auf die Bedingungen, die Gemeinderat Oskar Holub gestellt hat, prinzipiell Zustimmung erfahren. Ich habe auch etliche Bedenken vorgebracht erhalten, auf die ich noch eingehen möchte. Es geht zunächst um die Verkehrslage bei der Mülldeponie Hausleiten und man sollte auch hier wieder ein bißchen versachlichen und das ganze in Zahlen kleiden. Wenn 10 000 Tonnen zusätzlich eingelagert werden im ersten Jahr, dann sind das 10 000 Tonnen von Hausmüll und hausmüllähnlichem Industrieabfall und von Sperrmüll - auf deutsch Mist - die bis jetzt schon von einem Großteil der Gemeinden über das Steyrer Stadtgebiet Richtung St. Valentin befördert wurden. Ich möchte das noch konkreter machen. Wenn man annimmt, daß so ein Müllfahrzeug etwa 5 Tonnen Fassungsvermögen hat, sind das 2 000 Fahren in diesem Jahr; bei 200 Abfuhr- oder Arbeitstagen sind das also 10 Fahrzeuge mehr Belastung pro Jahr, um auch das ein bißchen in das Licht zu rücken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Pro Tag. 10 Fahrzeuge pro Tag, bestimmt.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT

ZAGLER:

Um die Forderung nach Kontrolle, die ich auch sehr stark unterstütze, noch zu unterstreichen, lieber Kollege Enöckl, würde ich Dich bitten, aber nicht nur Dich, sondern auch alle anderen Gemeinderäte bitten, beim Dienstpostenplan auch darauf zu achten, daß die personelle Ausstattung der doch um mehr als 30 Prozent an Kapazität zunehmenden Mülldeponie in Hausleiten, entsprechend auch dieser Sache verbessert wird. Es wird nicht nur an Personalkosten eine Zunahme sein, die Gemeinden lagern ja ein und tragen mit ihrer Gebühr dazu bei, daß dies keine Verluste sind, sondern daß hier eine Deckung vorhanden ist.

Beim Kollegen Eichhübl habe ich die Gebühren angemerkt, ich habe mir das hierher geschrieben. Es gibt also viele Entsorgungsbereiche, die weit höhere Gebühren verlangen als wir hier in Steyr und auch das möchte ich jetzt schon als gedanklichen Anstoß nehmen, daß wir hier über eine Anhebung der Gebühren auf längere Sicht sicher nicht hinwegkommen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wir haben erst vor ein paar Jahren erhöht.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Zum Abfallwirtschaftsgesetz möchte ich sagen, wir haben im Augenblick 700 Schilling Gebühr und es gibt viele, die weit über 1.000 Schilling an Entsorgungsbeitrag verlangen. Man wird also hier - auch mit dem Abfallwirtschaftsgesetz, wenn es in dieser Form beschlossen werden sollte - sicherlich auch die Abfallbehandlung bzw. den Abfallbehandlungsbeitrag mitberücksichtigen müssen. Es soll eine Abfallgebühr, die für die Müllabfuhr und für die Müllsammlung genommen wird, und dann eine zusätzliche Abgabe für die Müllbehandlung

eingehoben werden. Kollege Tremml hat gesagt, das Land Oberösterreich soll die Mülldeponien auf die Bezirksebene übertragen und das Problem dort lösen. Dies wäre natürlich erfreulich und wünschenswert, aber auf der anderen Seite, wenn Du das Gesetz oder die Vorlage richtig gelesen hast, weißt Du, daß es auch überregionale und überbezirksmäßige Verbände geben könnte und daher also durchaus jede Möglichkeit besteht. Du hast die Deponiedauer ausgesprochen, auch das ist ein Bedenken von uns gewesen, daß wir gesagt haben, wir lassen eine Deponie wasserrechtlich genehmigen. Eine Deponie, die Gott sei Dank - das beweisen die Sperrbrunnen und die Sondierungen, Sonden - dicht hält und funktioniert. Wir machen das mit einem hohen Aufwand und vernichten dann faktisch Kapazität dadurch, daß wir von anderswo einlagern lassen. Neben dieser Maßnahme der Einlagerung wird es begleitende Maßnahmen geben, die schon begonnen haben. Es ist bekannt, daß die Kompostierung des Grün- und Baumschnittes bereits von zwei Steyrer Landwirten erfolgt. Es ist geplant, daß auch Aushubmaterial und Abbruchmaterial, das nicht in einer gesicherten Deponie gelagert werden muß, hier ausgelagert werden wird, dann anderswohin transportiert wird, zunächst zwischengelagert wird in Hausleiten, untersucht wird, ob das erdkrustenähnliche Stoffe sind und dann eine Lagerung in anderen Deponien, die nicht so gesichert zu sein brauchen, erfolgt. Ich habe also hier so eine Art Müllbilanz aufgestellt und komme darauf, daß sich mit diesen Maßnahmen die Deponielebensdauer durch diese Einlagerungen der Zuliefergemeinden nicht verlängert, sondern auf die ursprünglichen Schätzungen zurückziehen wird. Es wäre natürlich jetzt sophistisch zu sagen, wenn diese Maßnahmen greifen, wäre es noch

besser für die Deponiedauer, weil sie noch viel länger werden würde, wenn man diese Einlagerung verhindert. Aber das willst ja nicht einmal Du, daß wir hier eine Verhinderung machen. Zur Mitarbeit bei der Gesetzesvorlage muß ich jedoch schon sagen - dankenswerterweise hast Du erwähnt, daß die KP sehr fleißig mitgearbeitet hat, ich habe aber gehört, daß die Punkte von der KPÖ Lob bekommen haben. Ich persönlich - nach Studium dieses Abfallwirtschaftsgesetzes - muß sagen, vom Lesen her auch viel Lob für diese Vorlage. Ich hoffe, daß das Land dieses Gesetz auch so beschließt. Man weiß ja oft nicht bei einer Gesetzesbeschlußfassung, ob tatsächlich alles so eintreten wird, wie es hier vorgesehen ist und kaum ein Gesetz, das nicht novelliert oder durch Verordnungen in bestimmten Dingen zu reparieren ist. Aber die grundlegenden Arbeiten sind sehr gut ausgefallen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Das waren Vorschläge von uns.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Gut, Kollege Holub hat wie gesagt bedingte Zustimmung gegeben, er moniert hier die Hausmüllverbrennungsanlage. Wir haben lange Deponiedauer, das heißt noch nicht, daß wir vorhaben, eine Verbrennungsanlage zu machen. Ich wünsche es aber der Abfallwirtschaft insgesamt, daß Methoden entwickelt werden, die es auch hier ermöglichen, auf mittlere Frist solche thermischen Entsorgungen durchzuführen, die weder umweltschädigend noch gesundheitsgefährdend sind und daß wir auch diesem Problem von der Seite Herr werden. Gegen die Umweltberater außerhalb des Umweltschutzreferates lege ich mein persönliches Veto ein. Wir hatten solche Versuche, da kommen blitzgescheite Leute von an-

derswo her, die gar nicht wissen, was und wie in Steyr schon für die Müllproblematik gemacht wird. Wenn Umwelt, dann sollte man das Umweltschutzreferat verstärken und die Beratertätigkeit dort ausbauen. Obergescheite von anderswo können woanders wirken, wir brauchen keine Wanderprediger, die irgend ein Gesetzler herunterbeten, ohne die lokalen Bedürfnisse zu kennen. Ich bitte aber trotzdem, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wer zustimmt. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Dieser Antrag ist einstimmig beschlossen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der letzte Antrag des heutigen Nachmittages betrifft die Mülldeponie Steyr. Es soll hier ein Deponiegasabsaugversuch durchgeführt werden. Die dazu erforderliche Ausschreibung wurde zweimal - wie dem Amtsbericht zu entnehmen ist - durchgeführt. Nachdem nach einer grundsätzlichen Schätzung der Kosten nach der Ausschreibung enorme Beträge von weit über 3 Millionen Schilling vorhanden waren, wurde der Ausschreibungstext bzw. die Ausschreibungsgrundlage noch einmal überarbeitet und es wurden hier mit verschiedenen Methoden Preise angeboten. Es gibt die Variante der Trockenschlagbohrung, die Variante Vertikalaushub mit Seil und Hydraulikbagger und es gäbe die zusätzliche Möglichkeit, noch horizontal zu entgasen, als Variante für zwei Bohrungen. Die Berechnung und Auswertung der Anbotsunterlagen hat ergeben, daß die Firma Alpine BaugesmbH., Zweigniederlassung

Linz, mit 1,246 Millionen Schilling der Bestbieter ist und ich ersuche daher, dieser Firma den Auftrag für diesen Absaugversuch zu erteilen.

21) ÖAG-Müll-4766/88

Mülldeponie Steyr; Durchführung eines Deponiegasabsaugversuches; Vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der MA III, Mülldeponie, vom 28. 9. 1990 wird der Auftrag zur Durchführung eines Deponiegasabsaugversuches an die Fa. Alpine BaugesmbH., Zweigniederlassung Linz, zum Preise von S 1,246.000,-- excl. USt. vergeben.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,246.000,-- (Schilling einmilli-
onzweihundertsechs-
undvierzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8130/050440.3 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Die einstimmige Zustimmung ist damit gegeben. Danke für die Berichte. Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt und kommen zur Aktuellen Stunde. Ich frage die Sozialistische Partei. Kein Beitrag. Die Österreichische Volkspartei? Grüne Alternative? KPÖ? Keinen Beitrag. Die FPÖ hat einen Beitrag, bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir haben ja nicht nur Probleme mit dem fließenden Verkehr in unserer Stadt, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sondern auch mit dem ruhenden Verkehr und damit meine ich mit den vorhandenen oder nicht vorhandenen Parkplätzen. Dieses

Problem trifft auch im besonderen Maße für das Gebiet rund um den Michaelerplatz zu und es betrifft vor allem jene Bürger unserer Stadt, die in diesem Bereich einkaufen wollen und es gibt ja dort eine Reihe von Geschäften, wie eine Buchhandlung, eine Konditorei, eine Farbenhandlung, eine Trafik, um nur einige zu nennen, und dann keinen Parkplatz dort vorfinden. Dabei wäre eine Möglichkeit vorhanden, zumindest zeitweilig dem Problem Abhilfe zu schaffen und zwar insoferne, daß dort im Bereiche des Bundesrealgymnasiums sich ein abgesperrter Parkplatz befindet, der diesem Bundesrealgymnasium zur Verfügung steht, aber während der Ferienzeiten und an schulfreien Tagen ebenso geschlossen ist. Daher meine Bitte, Herr Bürgermeister, und an Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, zu überprüfen, ob nicht doch die Möglichkeit bestehen würde, diesen Parkplatz an den von mir angezogenen Zeiten zu öffnen und der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Denn soweit ich informiert bin, dürfte das keine großen Schwierigkeiten bereiten, weil es sich ja um ein Grundstück handelt, das der Stadt gehört. Die Bewohner dieses Stadtteiles und auch die Gewerbetreibenden wären für eine solche Maßnahme sicherlich dankbar.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf eine solche Prüfung zusichern und die Mitteilung wird dann an Dich ergehen. Zu diesen Ausführungen seitens der Fraktionen keine Wortmeldungen? Entschuldigung, Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Einen Satz möchte ich schon dazu sagen. Dieser Parkplatz, das ist richtig, war früher der Öffentlichkeit zu-

gänglich und ist aber dann versperrt worden und zwar zu der Zeit, als die städtischen Elektriker dort nicht mehr so aktiv waren. Früher befand sich dort ja eine Werkstätte der städtischen Elektriker. Der Parkplatz wird uns aber - so hoffe ich doch sehr - in Zukunft noch einmal beschäftigen. Nicht jedoch nur zum Abstellen von Kraftfahrzeugen, sondern für Alternativen. Die Alternative könnte nämlich zum Beispiel auch heißen, einen - es ist schon viel über dieses Projekt gelacht worden, aber ich glaube auch an Dinge, über die schon viel gelacht wurde wird man in Zukunft wieder denken müssen - Aufzug zum Tabor.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das war das Radinger-Projekt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich glaube, daß wir damit auch alternative Bewältigungsmöglichkeiten unserer topographischen Unterschiede finden könnten. Das Problem heißt nämlich nicht, daß die Stadt Steyr so groß ist, sondern daß wir so hügelig sind. Genau das veranlaßt viele Menschen zum Autofahren, auch über Entfernungen, wo man tadellos zu Fuß gehen könnte. Man wird sicher eine neue Ordnung des Verkehrsverbundes finden können, wenn man will. Genau da möchte ich die Wortmeldung des Kollegen Eichhübl zum Anlaß nehmen und das noch einmal in Erinnerung zu rufen. Ich hoffe sehr, daß auch das Verkehrskonzept Stickler diese Dinge auch untersuchen wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Dieser Vorschlag ist nicht neu. Ich darf erinnern, es war Kollege Vizebürgermeister Radinger, der das seinerzeit auch sehr stark betrieben hat und aus Kostengründen ist es

damals vom Gemeinderat nie zu einem positiven Abschluß gekommen. Es wurde aber schon diskutiert und ich glaube, daß durchaus im Zuge der Verbesserung und der Verkehrsverbindungen, nämlich der Gehverbindungen, eine solche Lösung nicht sofort ad acta gelegt werden soll. Ich nehme an und hoffe, daß von Herrn Universitätsprofessor diese Dinge ebenfalls beabsichtigt werden.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung. Ich darf noch mitteilen, so wie immer, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von 998.400,-- Schilling zur Kenntnis genommen hat und bei den Verhandlungsgegenständen Beträge von 14,147.500 Schilling freigegeben und beschlossen wurden. Danke für die Mitarbeit, die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.20 Uhr

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
VOK. Augustin Zineder e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
Anna Jeloucan e. h.
Rudolf Pickl e. h.